Polkwitzer Stadtblatt

Wochen- und amtliches Anzeigenblatt für die Stadt Polkwitz und deren Umgegend

Bezugspreis für den Monat 60 Pf., frei ins Haus 70 Pf., durch die Post bezogen 85 Pf., Einzelnummer 10 Pfennig.
Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen bei uns oder unseren Lieferanten, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattungen.
Fernruf Polkwitz 27. Telegrammadresse Stadtblatt, Polkwitz.
Postscheckkonto Breslau 7596

Amtliches Insertionsorgan
der „Vereinigung ehemaliger Polkwitzer in Berlin"

Redaktion, Druck, Verlag: Buchdruckerei Polkwitz, Inh. Paul & Walter Bruckſch
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Walter Bruckſch, Polkwitz, Lübenerstr. 3
Geschäftsstellen: Polkwitz, Lübenerstraße 3
Berlin NW 21, Perlebergerstraße 33 (Wilhelm Hildebrandt)
Inseraten-Annahmeschluß: Dienstag und Freitag vormittags 9 Uhr

Die einspaltige Inseratzeile oder deren Raum für Polkwitz und die nächste Umgegend Millimeter 6 Pf., für Auswärtige 7 Pf.
Familienanzeigen u. Stellengesuche 5 bzw. 7 Pf. Gerichtsurteile, Abbitten, Heiratsgesuche, Lotterieanzeigen Millimeter 10 Pf.
Inserate mit schwierigem Satzbau Zuschlag bis 50 Prozent
Reklamen Millimeter 25 Pf. Bei Konkursen, Geschäftsaufsichten usw. kommt jeglicher evtl. gewährter Rabatt in Fortfall.
Gerichtsstand Amtsgericht Polkwitz

Nummer 21 | **Sonnabend, den 15. März 1930** | **48. Jahrgang**

Hindenburg an das deutsche Volk!

Reichspräsident von Hindenburg gibt folgendes bekannt:

Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die, von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, das Zustandekommen des Young-Planes durch die Verweigerung meiner Unterschrift unter die Gesetze und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege.

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterschrieben. Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und des Wider bin ich zur Überzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der Neue Plan dem Deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan im Vergleich zum Dawes-Plan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet. Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar sein und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Young-Planes uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem besetzten deutschen Gebiet die langersehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Heerführers, Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdunkeln, daß ich mit ihm diese Gesetze decke. Hierauf erwidere ich: Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person

meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun.

Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.

Der parlamentarische Kampf um die Young-Gesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volke der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegensätze hervorgerufen und die von mir von jeher schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserem schwergeprüften Vaterlande stark erweitert hat. Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen

die ernste Mahnung,

sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Überwindung des Trennenden und Gegensätzlichen zusammenzufinden in gemeinsamem Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, gesundes und starkes deutsches Volk geben soll. Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr

einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen,

welche die Gesundung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Linderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß. Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Grenzen der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen. Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung beseelte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingeschwunden ist und dauernder innenpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat. Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken:

Deutschland über alles!

Ausfertigung des Neuen Planes durch den Reichspräsidenten.

Das Polenabkommen zurückgestellt.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat das den Young-Plan enthaltende Gesetz über die Haager Konferenz 1929/30 und die damit in Verbindung stehenden Gesetze ausgefertigt und ihre Verkündung im Reichsgesetzblatt veranlaßt. Den Gesetzentwurf zur Regelung von Fragen des Teiles 10 des Versailler Vertrages, welcher das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthält, hat der Reichspräsident noch nicht vollzogen, sondern in Ausübung der ihm nach Artikel 70 der Reichsverfassung obliegenden Pflicht zur Prüfung des verfassungsmäßigen Zustandekommens der Gesetze einstweilen zurückgestellt. Der Reichspräsident hat sich wegen einer eingehenden Prüfung der Frage, ob dieses Gesetz verfassungsändernden Charakter hat, mit dem Reichskanzler und den beteiligten Reichsministern in Verbindung gesetzt.

Der Stimmenkampf im Reichsrat.

Im Reichsrat wurde ein thüringischer Antrag, gegen die Young-Gesetze Einspruch einzulegen, mit 42 gegen die fünf Stimmen von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Thüringen abgelehnt. Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin enthielten sich der Stimme. Ein besonderer Antrag Ostpreußens,

gegen das Polenabkommen

Einspruch einzulegen, wurde mit 35 gegen zehn Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten Pommern, Ostpreußen, Brandenburg, Grenzmark, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Rheinprovinz, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin, während sich Niederschlesien, Bayern, Sachsen, Oldenburg und Bremen der Stimme enthielten.

Auf preußischen Antrag beschloß dann der Reichsrat mit 42 gegen fünf Stimmen, die Young-Gesetze für dringlich zu erklären. Dagegen stimmten Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Thüringen, während sich Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin der Stimme enthielten.

Auf den Antrag des Vertreters Ostpreußens, gegen das Polenabkommen Einspruch einzulegen, erwiderte Reichsaußenminister Dr. Curtius, daß die Reichsregierung — und die deutschen Minderheiten stünden hinter ihr — davon überzeugt sei, daß mit diesem Abkommen ein weitgehender Schutz für die deutschen Ansiedler erreicht und darüber hinaus weiteren Liquidationen ein Riegel vorgeschoben sei. Mit dem Abkommen seien wesentliche nationale Ziele gegen verhältnismäßig geringfügige finanzielle Opfer erreicht worden. Namens der Reichsregierung dementiere er die Behauptung, daß irgendwelche nationalen Belange mit dem Abkommen preisgegeben würden. Die deutsche Zukunft des Ostens sei überhaupt ohne dieses Abkommen nicht möglich. Gerade im Interesse Ostpreußens sei das Abkommen getätigt worden.

Warum Sachsen nicht mitstimmte.

Zu der Stimmenthaltung Sachsens bei der Beschlußfassung des Reichsrats über die Young-Gesetze übermittelt die sächsische Gesandtschaft in Berlin folgende Erklärung: Die zustimmende Haltung, welche die sächsische Regierung im Reichsrat bei der ersten Beratung des Haager Vertragswerkes eingenommen hat, hat zu ihrem Sturze geführt. An ihrer Auffassung hat sich nichts geändert. Sie sieht sich aber nicht in der Lage, sich in der gleichen Angelegenheit als geschäftsführende Regierung an der Abstimmung über die Frage des Einspruchs zu beteiligen.

Artikel 70.

Art. 70 der Reichsverfassung sagt, daß der Reichspräsident die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen und ... zu veröffentlichen hat. Daraus ergibt sich das Recht des Reichspräsidenten, zu prüfen, ob das ihm zur Ausfertigung vorgelegte Gesetz auch wirklich unter Beobachtung der Verfassungsbestimmungen beschlossen wurde, in der Hauptsache also, ob eine „Verfassungsänderung" — besser gesagt: Ausnahme von einer verfassungsrechtlichen Bestimmung — vorliegt und bejahendenfalls im Reichstag und im Reichsrat die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit erhalten hat.

Über das Liquidationsabkommen mit Polen ist nun von der Opposition behauptet worden, daß es „verfassungsändernden Charakter" besitze, weil die laut Artikel 157 bestehenden Rechte der deutschen Liquidationsgeschädigten in Polen — die jetzt durch das Reich entschädigt werden sollen — nicht sinngemäß gewahrt seien durch dieses Abkommen. Die Reichsregierung selbst bestreitet es, daß mit diesem Gesetz eine „Verfassungsänderung" erfolge, die einfache Mehrheit des Reichstages für eine rechtswirksame Beschlußfassung ausreiche. Trotzdem will der Reichspräsident recht- und pflichtgemäß über diese Streitfrage die Ansicht namhafter Juristen hören.

Regierungskrise in Thüringen?

Gegen die Erklärung des thüringischen Innenministers Dr. Frick (Nat.-Soz.) bei der dritten Lesung des Young-Planes im Reichstag wendet sich die thüringische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in einer scharfen Gegenerklärung. In ihr wird festgestellt, daß Fricks Erklärung einen Affront gegen die Reichsregierung und ihre auswärtige Politik darstelle und daß Frick die Erklärung im Namen der thüringischen Regierung abgegeben habe, obwohl diese ihm keinen Auftrag dazu erteilt habe. Die eigenmächtige, in der politischen Geschichte unerhörte Handlungsweise des Ministers werde nicht ohne Folgen für die gegenwärtige Regierungskoalition in Thüringen bleiben können.

Das Echo.

Nach den ausgedehnten Debatten im Reichstag über den Young-Plan und die übrigen Abkommen wird in den Pressekommentaren über die Annahme des Neuen Plans in der Hauptsache das so oft Gesagte nur noch einmal wiederholt, das Für und das Wider, gerade so, wie es im Reichstag bei der dritten Lesung noch einmal geschehen ist. Natürlich kleidet die Berliner Presse der Rechtsopposition ihre Kritik am Neuen Plan in sehr scharfe Formen. „Ein schwarzer Tag" überschreibt der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, einen im Berliner Lokalanzeiger erschienenen Artikel, in dem er erklärt, „daß die Beschlüsse des Reichstages nicht zu Recht bestehen", da „ein mit Mehrheit angenommenes Volksgesetz ihnen entgegenstehe"; „außerdem enthalten sie verschiedene Verfassungsänderungen", für die eine Zweidrittelmehrheit nicht erzielt worden sei. Dr. Hugenberg richtet zwar noch einen Appell an den Reichspräsidenten, nicht zu unterzeichnen, kündigt aber schon jetzt Fortsetzung des Kampfes gegen die Große Koalition an. Auch die oppositionelle Deutsche Tageszeitung äußert sich zusammenfassend nochmals scharf gegen den Neuen Plan, appelliert gleichfalls an Hindenburg, nicht zu unterschreiben, äußert aber Bedenken, „ob die Kräfte der Opposition auch in der zweckmäßigsten und erfolgversprechendsten Weise eingesetzt würden bzw. welche Lehren hier für die Zukunft gezogen werden müssen".

Die den Mehrheitsparteien nahestehende Presse beschäftigt sich hauptsächlich mit der so dringend notwendigen Lösung der finanz- und steuerpolitischen Aufgaben der nahen Zukunft und geht nur noch kurz auf den Reichstagsbeschluß des Mittwochs ein. So verlangt — im Hinblick auf das wochenlange Hin und Her im Reichstag — die Deutsche Allgemeine Zeitung: „Wenn die Ja-Abstimmung des Reichstages einen Sinn haben soll, so muß selbst das bisherige System versuchen, neue Methoden zu schaffen;" nunmehr sei eine mehrjährige Epoche der deutschen Außenpolitik abgeschlossen, die jetzt die Befreiung des Rheinlandes erreicht habe, daher sei jetzt freie Hand, für die Innenpolitik zu schaffen. Entsprechend ihrer sonstigen politischen Einstellung hält die D. A. Z. mit einem Urteil für oder gegen den Neuen Plan zurück. Ebenso schreibt das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, über „die nächsten Aufgaben", deren baldigste Inangriffnahme das Zentrum durch seine Haltung erzwungen und sich mit stärksten Bindungen habe garantieren lassen. Die Konsequenzen dieser Garantie „betreffen zunächst das ... finanzielle Sanierungsprogramm, aber darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen, die zur Sicherung der deutschen Wirtschaft ... und der gesamtpolitischen Fortentwicklung Deutschlands gerade im Hinblick auf die neue Reparationsregelung unbedingt durchgeführt werden müssen". Es gehe dabei auch „um den bereits schwer geschädigten Ruf des Parlaments".

In ähnlichen Ausführungen bewegen sich die der Demokratischen Partei nahestehenden Organe. So fordert auch das Berliner Tageblatt eine Konzentration der Kräfte auf die Wirtschaftspolitik in weitestem Sinne: „Reform der Finanzen, Reform der Verwaltung, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Sanierung der Landwirtschaft, Steigerung der gesamten volkswirtschaftlichen Produktivität, Intensivierung der Außenhandelspolitik, kurz also Anpassung der deutschen Wirtschaft an die neuen Verhältnisse". Aber auch die Durchführung des Neuen Planes selbst stelle Deutschland vor wichtigste Aufgaben. Die Vossische Zeitung erblickt in dem Reichstagsbeschluß die Gewinnung einer festen Vertrauensgrundlage, „die der Wirtschaft neuen Auftrieb gibt und der ganzen Welt das Vertrauen einflößt, daß die Kräfte, die Deutschlands Wiederaufstieg nach dem schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte erkämpft haben, auch in Zukunft zusammenhalten".

Im Vorwärts, dem Zentralorgan der stärksten Regierungspartei, also der Sozialdemokratie, wird ein ausführlicher Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Neuen Planes gemacht und dabei behauptet, daß trotz der großen inneren wie äußeren Schwierigkeiten „die Regierung Hermann Müller die Führung in diesem Kampf behauptet, sich durchgesetzt und das Werk vollendet" habe, während „die Feinde der Republik und der Friedenspolitik eine entscheidende Niederlage erlitten haben". Auch hier klingt es aus in den Ruf: „Heraus aus der Depression! Arbeit den Arbeitslosen!"

Auf die eines gewissen Reizes nicht entbehrende Tatsache, daß die Entscheidung über den Neuen Plan gerade auf jenen Tag fiel, an dem vor zehn Jahren der Kapp-Putsch erfolgte, wird — man möchte sagen: erfreulicherweise — in der hauptstädtischen Presse ausführlich fast gar nicht eingegangen. Man hat doch allgemein das Gefühl, daß die Bewältigung der nächsten, schwerwiegenden und überaus schwierigen Aufgaben finanziell- und wirtschaftspolitischer Art wirklich eine „volle Konzentration der Kräfte" erfordert und daher das Wiederauffrischen reichlich verstaubter Erinnerungen an jene, man möchte sagen: weit mehr als nur zehn Jahre zurückliegende Episode verbieten sollte. Zurückliegend — immer wieder und immer nur den Blick dorthin zu wenden heißt aber, wie Hindenburg in seiner Mahnung an das ganze deutsche Volk mit ernstem Worte sagt, die von ihm „so schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserm schwergeprüften Vaterland" nur noch erweitern, wie es ja leider mehr als notwendig beim Kampf um die Young-Gesetze schon geschehen ist!

Lokales

Polkwitz, den 14. März 1930

Grundsteinlegung des Kriegerdenkmales verschoben.

Kommenden Sonntag, den 16. März, als dem Gedenktage für unsere gefallenen Brüder, sollte nunmehr auch in unserem Städtchen der Grundstein für ein Kriegerdenkmal gelegt werden. Nachdem das erste gesammelte Geld der Inflation zum Opfer gefallen, war es Dank der Initiative des Bürgervereins gelungen, in verhältnismäßig kurzer Frist einen ansehnlichen Betrag für einen Denkstein zusammenzubekommen. Nachdem Bildhauer Myrtek in Breslau Entwürfe eingereicht und etwas Passendes gefunden, ging es nach Freigabe des Schulplatzes sofort ans Werk. In uneigennütziger Weise haben hiesige Arbeiter bei den schwierigen Fundamentierungsarbeiten geholfen, während die Landwirte Sand zum Planieren anfuhren. Und so sollte denn Sonntag die Grundsteinlegung erfolgen. Aber leider geht es nicht. Bekanntlich besteht für ganz Preußen das Versammlungsverbot und ein Verbot für Veranstaltungen unter freiem Himmel. So hätte denn die Grundsteinlegung ohne Fahnen und ohne die geschlossen anmaschierenden Vereine gefeiert werden müssen. Infolgedessen haben die Verantwortlichen beschlossen, die Grundsteinlegung zu verschieben. Ebenso muß der gemeinsame Kirchgang der Vereine ausfallen. Es wird aber trotzdem erwartet, daß alle Mitglieder von Vereinen die Gedenkgottesdienste besuchen. — Sonntag abend veranstaltet der Stahlhelm eine Wohltätigkeitsaufführung zu Gunsten des Kriegerdenkmalsfonds, in der zum Teil das beifällig aufgenommene Programm des Deutschen Abends wiederholt wird. (Siehe Inserat.)

Pakete nach Berlin. Gelegentlich des Polkwitzer Abends in Berlin hatten hiesige Einwohner Pakete für dieses Fest aufgegeben, die aber erst nach dem Feste ankamen. Auf Beschwerden sendet uns das hiesige Postamt unter Donnerstag, den 13. März (also schon nach zwei Monaten) folgenden Bescheid:

Ein Verschulden der Post liegt nicht vor, da das eine Paket erst Freitag, den 17. Januar, nachmittag eingeliefert worden ist und das andere nach den bisherigen Postverbindungen die Zustellung am Sonnabend nicht mehr erreichen konnte. Neuerdings ist eine günstigere Beförderungsgelegenheit eingerichtet worden, sodaß vormittags hier abgehende Pakete die erste Zustellung in Berlin und den Berliner Vororten erreichen.

Also, hat die Beschwerde doch etwas genützt, indem man bessere Zustellmöglichkeiten geschaffen hat. Aber bescheiden und höflich sei gefragt: Warum sind die „bisherigen Postverbindungen" nicht schon eher geändert worden?

Witterungsumschlag. Einen jähen Wettersturz haben die letzten Tage gebracht. War am Montag ein echter, rechter warmer Frühlingstag, so tobten Mittwoch abend Schneeschauer, die in wenigen Minuten Mutter Erde in ein weißes Kleid hüllten. Donnerstag abend wiederholten sich die Schneefälle, allerdings in bedeutend verstärktem Maße. (Und dabei steht Frühlingsanfang vor der Tür!)

Eichtermine. In diesem Jahre wird in der Zeit vom 19. bis 28. Mai für Stadt Polkwitz, (19. bis 22.), Niederpolkwitz, (26.), Dammer und Trebitsch (27.) im Gasthaus zum Goldenen Frieden die periodische Nacheichung der Maß- und Wiegegeräte abgehalten werden. Für Oberzauche, Arnsdorf und Musternick (Gasthaus Scholz) findet diese Nacheichung vom 12. bis 15. Mai, für Kummernick, Suckau, Gusitz und Tarnau (Gasthaus Becker) vom 2. bis 5. Juni statt.

Betriebseröffnung der Niederschlesischen Kaseinwerke am 1. April 1930. Die Niederschlesischen Kaseinwerke, die in Räumen der Molkerei Rauschwitz eingerichtet worden sind, werden am 1. April ihren Betrieb eröffnen. Die erforderlichen Umbauten stehen vor dem Abschluß. Die Maschinen für den Betrieb sind eingetroffen. Der schlesische Fachmann für Kaseingewinnung, Dr. Wagner aus Ohlau-Baumgarten, wird nach Glogau kommen und mit den berufenen Herren der neuen Werke wichtige Besprechungen über die Durchführung des Betriebes führen. Mit der Betriebseröffnung der Niederschlesischen Kaseinwerke wird zugleich eine neue Industrie nicht nur für Schlesien, sondern für ganz Ostdeutschland eröffnet werden.

Kalendarische Uebereinstimmung der Jahre 1919 und 1930. Vergleicht man die Kalender der Jahre 1919 und 1930, so kommt man zu dem überraschenden Ergebnis, daß nicht nur die Wochentage, sondern auch die christlichen Feste auf die gleichen Kalendertage der beiden Jahre fallen. Selbst das Osterfest, daß doch seine kalendarische Bestimmung nach dem Stande des Mondes erfährt, stimmt überein.

---

1. Staatsbürgerabend in Oberzauche. Die Gefolgschaft Oberzauche des Jungdeutschen Ordens hatte Mittwoch zu einem Staatsbürgerabend eingeladen. Lehrer Röhr begrüßte um 8.30 Uhr die zahlreich im Saale des Gasthofbesitzers Scholz erschienenen Gemeindemitglieder, machte sie mit dem Zwecke des Abends bekannt und erteilte Dr. Müller-Polkwitz das Wort zu seinem Vortrage über die jetzige Lage und die in Bildung begriffene Volksnationale Reichsvereinigung. Der Redner führte u. a. aus: Wie bei dem Rufe: „Schiff in Not" alle Mann an Deck eilen, um das sinkende Schiff zu retten, so müßten jetzt alle Deutschen ohne Unterschied der Partei, die gewillt sind, den Staat zu erhalten, sich zusammenschließen, um das sinkende Staatsschiff vor dem Untergange zu bewahren. Drei große Gefahren drohen dem deutschen Volke augenblicklich: der Bolschewismus, die internationale Hochfinanz und die Staatskrise. Als einziger Weg zur Errettung aus diesen Gefahren gibt es nur die Volksgemeinschaft im nationalen Volksstaat. In diesem Staat regiert nicht die Wirtschaft, wie jetzt, sondern der Staat steht über der Wirtschaft. Unser Volk ist mündig geworden, es braucht keinen Diktator wie Mussolini u. a.; deshalb geht die Erneuerungsbewegung aus dem Volke von unten herauf hervor, aus dem Willen zur Volksgemeinschaft, denn es soll wirklich zur Wahrheit werden der Art. 1 der Reichsverfassung: „Alle Gewalt geht vom Volke aus!" Die Erringung dieses Zieles stellt sich die V. R. V. zur Aufgabe. Auf die ruhigen und sachlichen Einwendungen eines einzigen Gegenredners, der sich beklagte, daß die Landwirte unter den jetzigen Verhältnissen scheinbar als Staatsbürger II. Klasse angesehen werden und demnächst III. Klasse werden sollten, erwiderte der Redner, daß die Not der Landwirtschaft auch die Not des ganzen Volkes sei, und daß es im neuen Volksstaat nicht Bürger verschiedener Klassen, sondern nur Staasbürger gebe. Auch wurde dem Gegenredner erwidert, daß die V. R. V. selbstverständlich gegen den Youngplan ebenso wie gegen den Dawesplan sei. Es ist schmerzlich, daß wir zur Zeit diese Lasten auf uns nehmen müssen, aber, so schloß Redner seine Ausführungen: Fallen erst im Innern die Fesseln unserer Zwietracht, sind wir uns einig, steht das ganze Volk zusammen, im selben Augenblick fallen auch die äußeren Fesseln und wir sind befreit vom Versailler und den anderen Schanddiktaten. Mit Worten des Dankes an den Redner schloß Lehrer Röhr die Versammlung, die durch ihr ruhiges Zuhören wieder den Beweis erbrachte, wie viele deutsche Männer und Frauen sich um die künftige Gestaltung unseres Vaterlandes Sorge machen. In 2 bis 3 Wochen wird ein weiterer Staatsbürgerabend abgehalten werden.

Geheimnisse des Orients. Ein wundervolles Werk, voll Märchenzauber und doch voll Spannung, geladen mit Temperament, so urteilt die Fachpresse über diesen Sonntag im Florakino zur Aufführung gelangenden Film. Was diesem Film die unwiderstehliche Durchschlagskraft sichert: Seine Situationen-Fülle, die Masse seiner Horizonte — Haremsnacktheit, liebende Frauen im Hinterhalt, wilde Männer mit Speeren, die Liebesnächte, brennendes Schiff und eine Puderquastenpointe zum galanten Aktschluß . . . Und dann der Humor.

Vereinsnachrichten

A. D. A. C. Die Mitglieder, die Dienstag abend einem Rufe der Glogauer Gruppe des Allg. Deutschen Automobil-Clubs zu einem Lichtbildervortrag nach Glogau gefolgt waren, kehrten um eine Enttäuschung reicher wieder nach hier zurück. Nach 1½stündigen Bemühungen wurde von seiten des Vortragenden erklärt, daß die Vorführungen nicht stattfinden könne, da der Lichtbildapparat streike.

Vereinskalender

Freitag: 8 Uhr Chorverein, Damen- und Herrenübungsstunde. — Jungdeutscher Orden, 8,30 Uhr Konvent in der Eldra.
Sonntag: RGB., 1,30 Uhr Wanderung nach der Niederheide.

Aus der Nachbarschaft und Provinz

Glogau. (Kommunistische Flugblätter) sind wieder in der Stadt verteilt und von der Polizei beschlagnahmt worden. Auf den Flugblättern geben die Kommunisten eine Schilderung der Ereignisse, wie sie sich am 6. März, dem Welterwerbslosentage, nach ihrer Meinung in Glogau abgespielt haben. So schreiben die Kommunisten u. a., daß „der disziplinierte (?) Zug der Kommunisten auf dem Wilhelmsplatz bei der Post von der Polizei überfallen (?!) worden ist." Weiter rühmen sich die Kommunisten selbst der größten Besonnenheit und Ueberlegung, die verhindert haben, „daß die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machte und die Proletarier abschlachte." Demgegenüber sei erneut festgestellt, daß die Polizei durchaus energisch und korrekt vorgegangen ist. Sie hat sich streng an die Anweisungen des Ministers gehalten und ihre Maßnahmen sind auch von der bürgerlichen Bevölkerung gebilligt worden.

Das Kreisturnfest in Glogau verschoben. Die größte turnerische Veranstaltung Schlesiens, das Kreisturnfest des Kreises II Schlesien der Deutschen Turnerschaft, das in diesem Jahre in Glogau stattfinden sollte, ist im Hinblick auf die Deutschen Kampfspiele für dieses Jahr abgesetzt worden. Als Termin wird 1931 genannt.

In Roßwitz ist der Wassermangel, der der Siedlungsgenossenschaft soviel zu schaffen gemacht, da der gebohrte Brunnen überhaupt kein Wasser lieferte, nunmehr durch den Bau eines neuen Brunnens durch Brunnenbaumeister Richard Maluche-Zerbau vollständig behoben worden. Der Brunnen ist nur neun Meter tief und liefert Wasser in hinreichendem Maße und von sehr guter Beschaffenheit für Bewohner der fünf Zweifamilienhäuser.

Lüben. Eine Schülerin wurde in der Schule von einer Mitschülerin mit dem Kopf so unglücklich gegen einen Baum geschlagen, daß sie einen Nervenchock erlitt und die Sprache verlor. Auf dem Heimweg brach das Mädchen besinnungslos zusammen. — Das erblindete Pferd des Roßschlächters Rasch scheute am Ring vor einem Auto und raste in die Schaufenster einer Porzellanhandlung und eines Zigarrengeschäftes in der Liegnitzer Straße. Sämtliche Scheiben gingen in Trümmer: im Porzellanladen wurden die gesamten Auslagen zertrümmert, sodaß großer Schaden entstand.

Primkenau. (Ein verwöhntes Huhn) hat ein Gutsbesitzer in einem Nachbarorte. Schon im vorigen Jahre hatte das Huhn die Gewohnheit, die Eier in das Bett der Hausfrau zu legen. Diesem Brauch ist das brave Huhn, dem offenbar das weiche Legeplätzchen gefallen hat, auch in diesem Jahre treugeblieben. Es gackert solange, bis ihm die Türe zum Schlafzimmer geöffnet wird, warauf es sein Ei in das Bett legt.

Liegnitz. (Der Mövensee in Kunitz). Die ersten „Quartiermacher" der Möven auf dem Kunitzer See sind eingetroffen und bald wird das Gros folgen. Nachweislich sind die Möven vor nunmehr hundert Jahren, also 1830, zum ersten Mal auf den Kunitzer See gekommen und haben sich die Insel im See als Brutstätte auserwählt. Es wird geschätzt, daß meistens bis zu sechstausend Brutpaare auf der Insel anwesend sind. Zunächst waren die Möveneier nicht geschätzt, so daß man sie sogar den Schweinen vorwarf. Erst später wurden sie „entdeckt", und jetzt gehören sie zu den Leckerbissen. Die Verwertung der Möveneier hat sich allmählich zu einem blühenden Geschäft während der Brutzeit entwickelt. Aber neben der Verwertung der Eier ist das Vorhandensein der Möven hier auch deshalb von großer Wichtigkeit, weil die Möven sich durch die Vertilgung von Käfern und Larven um die Landwirtschaft verdient machen. In Schlesien befinden sich etwa zwanzig Mövenkolonien.

Bunzlau. (Verhinderte Zwangsversteigerung.) In Kroischwitz hat sich als Auswirkung der katastrophalen Lage der Landwirtschaft ein Vorfall abgespielt, der von ernstester Bedeutung ist. Gutsbesitzer Schubert in Kroischwitz war mit 180 RM. Staats- und Gemeindesteuern seit langer Zeit im Rückstand geblieben. Nun sollte der Vollziehungsbeamte Möbel usw. pfänden. Da die Bauern im Ort einig geworden waren, im Falle einer Versteigerung kein Gebot abzugeben, sollte der Beamte die gepfändeten Sachen nach Bunzlau schaffen. Auf einen Alarmruf versammelte sich im Schubertschen Gehöft eine hundertköpfige Menschenmenge und belagerte die Eingänge. Der anwesende Landjäger mußte eine Verstärkung des Polizeiaufgebots anfordern. Erst als vier weitere Landjäger eintrafen, konnten die gepfändeten Sachen unter dem Murren der Menge weggeschafft werden. Bei der Zwangsversteigerung waren wieder Hunderte von Bauern anwesend, um Angebote zu verhindern.

Errichtung eines Bades in Petzer? Die tschechoslowakische Regierung hat durch das radiologische Institut in Prag die Quelleu in Petzer fachmännisch prüfen lassen. Dabei ist festgestellt worden, daß die Quellen im gesamten Großaupa-Tal stark radioaktiv sind. Wie das Institut in einem ausführlichen Gutachten begründet, sind die radioaktiven Quellen von Petzer sowohl für Heilbäder wie auch für Trinkkuren sehr geeignet. Die deutschböhmischen Zeitungen bemerken, daß die Folgen dieser Entdeckung der Radiumquellen von Petzer nicht zu übersehen seien, mit anderen Worten, daß man aus Petzer einen Badeort zu machen hofft. Die wunderschöne Lage von Petzer im Riesengebirge würde sicherlich dieses Vorhaben begünstigen.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Kirche Polkwitz.
Sonnabend: 2—4 Uhr Konfirmandenunterricht.
Sonntag, Volkstrauertag: 9,30 Uhr Predigtkirche. Koll. für Kriegsgräberfürsorge und Kriegshinterbliebene. — Nachmittags Feiern in Musternick und Oberzauche.
Montag abend 8 Uhr Frauenhilfe.
Dienstag abend 8 Uhr Jungmädchenverein

Katholische Pfarrkirche Polkwitz.
Sonntag, den 9. März, 9.15 Uhr Gottesdienst

Evangelische Kirche Heinzenburg
Sonntag, 16. März, Volkstrauertag, 9,30 Uhr Gottesdienst.
Donnerstag 4 Uhr Passionsandacht.

Katholische Pfarrkirche Herbersdorf.
2. Fastensonntag. 9 Uhr 2. Fastenpredigt, Hochamt u. hl. Segen in Herbersdorf. 14.30 Uhr Kreuzwegandacht in Herbersdorf
Wochentags 7,15 Uhr hl. Messen, Dienstag und Freitag Schulmesse in Herbersdorf, Donnerstag in Heinzendorf.
Mittwoch, Fest des hl. Joseph, um 7 Uhr feierliches Hochamt vor ausgesetztem Allerheiligsten als Bittgottesdienst für die verfolgten Christen in Rußland.
Ueber acht Tage um 9 Uhr Gottesdienst in Gr.-Heinzendorf

Evangelische Kirche Kunzendorf.
Sonntag, 16. März, Volkstrauertag, 9.30 Uhr Predigtgottesdienst.

Regierungskommissar für Waldenburg?

Ein eigenartiger Beschluß

In der Waldenburger Stadtverordnetenversammlung wurde durch Zufallsmehrheit ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag mit 17 gegen 15 Stimmen angenommen, wonach bei der Regierung in Breslau der Antrag gestellt werden soll, daß die Stelle des vom Amt suspendierten Oberbürgermeisters sofort durch die Regierung mit einem Regierungskommissar besetzt wird. Für den Antrag stimmten die 17 Sozialdemokraten, gegen ihn die bürgerlichen Fraktionen, von denen drei Stadtverordnete fehlten, und die beiden Kommunisten. Die beiden Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

Waldenburg. Selbstmord auf den Schienen. Auf der Eisenbahnstrecke Fellhammer—Niedersalzbrunn in der Nähe von Weißstein hat sich ein etwa 50 Jahre alter Mann vor den Zug geworfen. Er wurde von der Maschine zur Seite geschleudert und blieb mit zertrümmertem Schädel tot liegen. Die Personalien des Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Waldenburg. Tödlicher Grubenunfall. Im Betriebe der Kulmitz-Grube geriet der 50 Jahre alte Berghauer Kunert aus Dittersbach zwischen zwei Förderwagen, wobei er schwere innere und äußere Verletzungen erlitt. Er starb kurz nach der Einlieferung ins Knappschaftslazarett.

Schweidnitz. Vier kommunistische Denkmalsschänder verhaftet. Der Polizei ist es gelungen, sämtliche Beteiligten an der Besudlung des Richthofendenkmals zu ermitteln und festzunehmen. Insgesamt wurden vier Kommunisten verhaftet. Bei einem von ihnen wurde eine mit roter Oelfarbe beschmutzte Hose gefunden.

Breslauer Nachrichten

Die Frühjahrssession des Provinziallandtages verlegt. Voraussichtlich wird die Frühjahrssession des Provinziallandtages doch nicht mehr, wie zunächst vorgesehen, in der am 7. April 1930 beginnenden Woche stattfinden können, da zur Feststellung des Etats noch bestimmtere Nachrichten des preußischen Innenministeriums über die Höhe der Reichssteuerüberweisungen abgewartet werden müssen.

Die Wahlen zum schlesischen Sejm

Kattowitz. Das Amtsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Staatspräsidenten, nach der die Wahlen zum schlesischen Sejm für den 11. Mai ausgeschrieben werden. Mit dieser Ausschreibung nimmt der nunmehr länger als ein Jahr dauernde ungesetzliche Zustand ein Ende. Nach dem Organisationsstatut der Wojewodschaft ist im Falle der Auflösung des Sejm die Wahl innerhalb von 75 Tagen, vom Tage der Auflösung an, durchzuführen. Ungeachtet dieser Bestimmung hat die polnische Regierung seit der Auflösung am 9. Februar 29 bis heute die Ausschreibung der Wahlen hinausgeschoben. Das Organisationsstatut der Wojewodschaft Schlesien bestimmt weiter, daß die Fristen für die einzelnen Wahlhandlungen vom Tage der Ausschreibung 75 Tage laufen. Entsprechend dieser Bestimmung hätte der Wahltag auf den 27. Mai festgesetzt werden müssen, doch auch hier hat die polnische Regierung sich an die Vorschriften nicht gehalten, sondern die Wahl für den 11. Mai angesetzt, so daß nur 59 Tage für die Durchführung der Wahl zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich, daß die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen für die Auslegung der Wählerlisten, Erhebung der Einsprüche usw. nicht eingehalten werden können.

Geschäftliches

Das tägliche Geschirraufwaschen. Dies ist eine Arbeit, die an und für sich nicht gerade angenehm ist, und durch die Notwendigkeit, sie auch noch mehrmals am Tage auszuführen, wird sie von vielen Hausfrauen sogar fast gefürchtet. Das neue Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel der Persilwerke IMI hilft, daß diese Arbeit leichter und schneller getan werden kann und daß sie vor allem nicht so viel Kraft und Geduld in Anspruch nimmt. IMI gibt man dem heißen Aufwaschwasser bei (1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = Eimer genügt), im Nu werden alle festsitzenden Krusten, alle angetrockneten Speisereste, alle Schmutz- und Fetteile gelockert und entfernt. IMI hilft auch Fußboden reinigen, säubert Metall aller Art, putzt Fensterrahmen, Türen, Mops, Bohnerlicher — kurz ist ein vielseitiger Helfer der Hausfrau. Durch seine desinfizierende Kraft wird es besonders empfehlenswert.

Das „Deutsche Frischei" als Neuerung im Lebensmittelhandel. Wie wir erfahren, hat der „Deutsche Landwirtschaftsrat" den Beschluß gefaßt, eine bemerkenswerte Neuerung im deutschen Eierhandel zur Durchführung zu bringen, die dessen Standardisierung und Rationalisierung bedeutet. Bereits in absehbarer Zeit werden nämlich alle deutschen Hühnereier, welche den Bestimmungen des Deutschen Landwirtschaftsrates entsprechen, mit einem Garantiestempel „Deutsches Frischei" versehen zum Kauf gelangen. Das ist sehr zu begrüßen und wird zweifelsohne zu einer Steigerung des Verbrauchs führen. Aehnlich liegen die Dinge auch bei anderen Lebensmitteln, bei denen es den Käufern darauf ankommt, garantiert frische Ware zu bekommen, wie dies auch bei Butter und Margarine der Fall ist. Die vereinigten Rama- und Blaubandwerke haben dem Rechnung getragen und versehen heute schon jedes einzelne Stück „Rama im Blauband" mit einem Garantievermerk, der dem Käufer frische Qualität gewährleistet. Diese Neuerung hat sich nach übereinstimmendem Urteil der Verbraucher sehr gut bewährt und es ist deshalb erfreulich, wenn andere wichtige Zweige des Lebensmittelhandels auf dem hier beschrittenen Wege zu folgen gedenken.

Lokales und Provinzielles

Merkblatt für den 14. März.

Sonnenaufgang	6[19]	Mondaufgang	17[46]
Sonnenuntergang	18[01]	Monduntergang	6[44]

1804: Der Komponist Joh. Strauß geb.

Okuli — da kommen sie.

Von März bis Oktober weilt der „Schnabelvogel" bei uns. Der „Schnabelvogel" — das ist die Schnepfe in allen ihren Arten und Abarten. Was die Waldschnepfe betrifft, so wird sie auf dem Zug, dem berühmten „Schnepfenstrich", geschossen. Mit dem Eintritt warmer Frühjahrswitterung erscheinen die Waldschnepfen zuerst spärlich, dann häufiger, bis der Durchzug gewöhnlich im ersten Drittel des April's, wenn die Frösche zu quaken beginnen, beendet ist. Nun kennt ja wohl jeder den bekannten Jägerspruch für die Schnepfenzugzeit:

„Reminiszere — Gewehr in die Höh',
Okuli — da kommen sie,
Lätare — das ist das Wahre,
Judika — ist sie auch noch da,
Palmarum — Tralarum!"

Bei „Reminiszere" sind wir jetzt gerade angelangt und „Okuli" ist in naher Sicht — also müssen sie kommen, die Schnepfen. Nun ist aber, wie man sich das leicht ausrechnen kann, der Spruch nicht immer zutreffend, weil ja Ostern sehr verschieden fällt. Fällt das Osterfest beispielsweise in den März, so werden sich die Schnepfen schön hüten, schon zu „Okuli" laut zu schreien. Für dieses Jahr allerdings dürfte es zutreffen, denn wir haben diesmal späte Ostern, so daß die Schnepfen rechtzeitig und genau nach dem Jägerspruch zur Stelle sein dürften. Schnepfen sind eine gute, wohlschmeckende Sache, aber trotzdem nicht jedermanns Sache. Mancher mag sie nicht, und manch anderer, der sie gern möchte, kriegt sie nicht, weil er sie nicht bezahlen kann. Im übrigen behaupten die Jäger und die andern Kenner, daß die Herbstschnepfe fleischiger und zarter sei und besser schmecke als die magere Frühjahrsschnepfe, der man jedoch einen besonders pikanten Geschmack nachrühmt. Aber so oder so — sie kommen, denn „Okuli" kommt auch!

Kirche und Staat.

Eine Entschließung der Generalsynode.

Die Generalsynode, die oberste Vertretung der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, beschäftigte sich in ihren weiteren Verhandlungen mit der schon lange schwebenden Frage eines Vertragsabschlusses zwischen Kirche und Staat.

Der Berichterstatter des Verfassungsausschusses, der Berliner Kirchenrechtslehrer Professor D. Dr. Stutz, erinnerte in einer formulierten Erklärung an die Vorgänge des vergangenen Sommers und wies darauf hin, daß die evangelischen Kirchen damals alles vorbereitet hatten, um einen gleichzeitigen Abschluß des Vertrages mit dem Konkordat in kürzester Frist zu ermöglichen. „Wenn dieser Abschluß nicht erfolgt ist," heißt es in der Erklärung, „so müssen wir hierin eine Zurücksetzung erblicken. Eine solche Behandlung entspricht nicht der Bedeutung des evangelischen Kirchentums und hat überdies einen

Zustand der Imparität

geschaffen, der von allen Gliedern der evangelischen Kirche bitter empfunden wird."

Der Redner stellte fest, daß seit nunmehr einem Monat in aller Form offiziell verhandelt wird. Der Verfassungsausschuß wäre sich darüber einig gewesen, daß von dem durch die Verhandlungen der Generalsynode von 1927 und 1929 eingenommenen Standpunkt auszugehen und an der im vergangenen Sommer dem Kirchensenat erteilten Vollmacht festzuhalten sei. Andererseits müsse, wenn der Vertrag schließlich zustande komme, für einen billigen Ausgleich des Zeitverlustes durch eine eventuelle

Rückwirkungsklausel

unbedingt gesorgt werden.

Auch wurde geltend gemacht, daß den evangelischen Kirchen zwar sicherlich viel an dem Zustandekommen einer förmlichen Abmachung mit dem Staate liege, schon im Interesse ihres Ansehens und ihrer Befreiung von höchst lästigen mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehenden Bindungen in Gesetzgebung und Verwaltung, aber auch schon zwecks dauernder Sicherung der Benutzung ihrer Verwaltungsgebäude sowie einer Anzahl im Staatseigentum stehender Gotteshäuser, ferner zur Aufwertung und vor allem vertraglichen Sicherung ihrer Dotationen sowie der Mittel für die Ausbildung ihrer Geistlichen, dies alles jedoch nur bei entsprechendem Inhalt der Vertrages.

Denn so lägen die Dinge nicht, hob D. Stutz hervor, daß die evangelische Kirche auf das Zustandekommen eines Vertrages unbedingt angewiesen wäre und ihn um jeden Preis hinzunehmen brauchte. Vom Staate müsse man jedenfalls verlangen, daß er — wobei die finanzielle Seite der Frage durchaus nicht einseitig im Vordergrund zu stehen habe — den Interessen der Kirche gerecht werde.

Sache des Kirchensenats werde es sein, das Ergebnis der Verhandlungen im ganzen und im einzelnen sorgsam abzuwägen und sich darüber schlüssig zu werden, ob die Errungenschaften etwaige Zugeständnisse überwiegen und letztere überhaupt tragbar wären; kurz, ob der Abschluß des Vertrages gerechtfertigt erscheine oder ob man auf anderem Wege weiter gegen die Fesseln, in die die Staatsgesetze von 1924 die evangelische Kirche geschlagen haben, angehen müsse.

D. Stutz bat um einmütige Annahme der vom Verfassungsausschuß einstimmig vorgelegten Entschließung. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen zum Segen für die evangelische Kirche, aber

auch zum Segen des Preußischen Staates

endigen mögen, „dem das Seine zu geben gerade wir evangelischen Christen nie versäumt haben, von dem wir aber auch verlangen dürfen, daß er der Kirche mindestens das gebe, was ihr von Reichsverfassung wegen gebührt". (Starker Beifall.) In einer

Entschließung

stellt dann die Generalsynode mit Bedauern fest, daß die preußische Regierung nach Abschluß des Konkordats mit dem Vatikan zwar unverbindliche Besprechungen mit der evangelischen Kirche geführt, die offiziellen sachlichen Verhandlungen aber erst jetzt, sieben Monate nachher, eröffnet hat. Die Generalsynode hält es für selbstverständlich, daß die Verhandlungen im Interesse der Parität schleunigst abgeschlossen werden und daß dabei die Interessen der evangelischen Kirche und ihre Freiheit im Staate gewahrt werden

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten.

Geringes Sinken der Arbeitslosenziffer.

In der Woche vom 3. bis 8. März kam das Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum Stillstand. Die Zugänge von neuen Arbeitsuchenden konnten erstmals durch die Abgänge an Arbeitslosen ausgeglichen werden. Die Frühjahrsbelebung in den Außenberufen stieg langsam weiter an; das konjunkturelle Absinken des Beschäftigungsgrades setzte sich ruhiger als in den Vorwochen fort. So kam das Gleichgewicht dadurch zustande, daß die aufsteigenden Kräfte etwas stärker und die abgleitenden etwas schwächer geworden sind.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, die am 28. Februar nach der endgültigen Meldung 2 378 521 betrug, ging in der Berichtswoche auf 2 363 000 zurück; die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung betrug am 28. Februar 277 202; sie stieg nach den Vormeldungen inzwischen noch schwach um etwa 1000 Personen an. Der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit dürfte demnach am 28. Februar bei 2655723 Hauptunterstützungsempfängern liegen.

Winter im März

Neue Schneefälle in den schlesischen Gebirgen

Nach Mitteilung des Observatoriums Krietern sind nach der ungewöhnlich lange anhaltenden Trockenheit der letzten Wochen in den schlesischen Bergen starke Schneefälle niedergegangen. Von der Heufuderbaude wird gemeldet, daß 5 Zentimeter Neuschnee gefallen sind. Da die durchschnittliche Schneehöhe über 1000 Meter noch immer 50 Zentimeter beträgt und bei den Elbwiesen und im Steindelgebiet (Reifträgerbaude, Neue Schlesische Baude) z. B. durchschnittlich ein Meter Schnee liegt, so sind die Sportverhältnisse, besonders für Ski, auf dem Kamm des Riesen- und Isergebirges, sowie des Glatzer Berglandes allgemein gut. Auch rodeln ist bis etwa 850 Meter abwärts möglich.

Görlitz. Beide Beine abgefahren. Auf dem Bahnhof Kohlfurt wurde der Heizer Gratz aus Waldau beim Ueberschreiten der Gleise vom Zuge erfaßt und überfahren. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren. Er wurde mit dem Hilfszuge nach Görlitz gebracht, wo er jedoch kurz nach der Einlieferung in eine Privatklinik verstorben ist. Er hinterläßt eine Witwe mit vier unversorgten Kindern.

Lauban. Großfeuer in Haindorf. Aus unbekannter Ursache brach in der großen Vigonge-Spinnerei in Haindorf ein Großfeuer aus, dem auch das Wohnhaus vollständig zum Opfer fiel. Die Flammen griffen mit rasender Geschwindigkeit um sich, sodaß von den Gebäuden nur ein Trümmerhaufen übrig blieb. Die Maschinen konnten erhalten bleiben.

Schweidnitz. Tödlich verunglückt. Als die Ehefrau des Gutsbesitzers Kulms in Nieder-Weistritz vor der Tür der Besitzung das Gespann hielt, scheuten plötzlich die Pferde und gingen durch. Die Frau kam so unglücklich zu Fall, daß sie unter die Räder des schweren Wagens geriet und überfahren wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Frau Kulms stand im Alter von 47 Jahren und war Mutter von drei Kindern.

Schweidnitz. Erneute Verschandelung des Richthofendenkmals. Unter dem Verdacht, an der erneuten Besudlung des Richthofendenkmals mit roter Oelfarbe beteiligt zu sein, wurde ein Mann verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Als Täter kommen mehrere Personen in Frage.

Gleiwitz. Endgültige Ernennung des Polizeipräsidenten. Mit Zustimmung des preußischen Staatsministeriums hat der preußische Minister des Innern dem bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten Dr. Danehl vom 7. März ab die Stelle des Polizeipräsidenten von Gleiwitz endgültig übertragen.

Kattowitz. Eine Tabakschmugglerbande verhaftet. In der Nähe von Kamin nahm die polnische Grenzpolizei eine Schmugglerbande von sieben Personen fest, bei denen 42 000 deutsche Zigaretten beschlagnahmt wurden. Die Schmuggler wurden in Polizeigewahrsam gebracht. Ihre Namen werden im Interesse der weiteren Nachforschungen noch geheim gehalten.

Kattowitz. Wieder ein versuchter Eisenbahnanschlag? Auf der Strecke zwischen Beuthen und Roßberg wurde von einem Eisenbahner ein Hemmschuh gefunden, der geeignet gewesen wäre, den einige Minuten später ankommenden Zug aus Polnisch-Oberschlesien zur Entgleisung zu bringen. Im Zuge befanden sich hauptsächlich Saisonarbeiter, die sich auf der Fahrt nach Deutschland befanden. Die polnische Presse vermutet, daß es sich hierbei um einen politischen Anschlag gegen diese Saisonarbeiter von deutscher Seite handele.

Kattowitz. Kommunistische Ausschreitungen im Dombrowaer Industrierevier. In Dombrowa hielt der kommunistische Abgeordnete Kieruzalski in einer Versammlung eine Propagandarede. Danach formierten sich die Versammlungsteilnehmer zu einem Demonstrationszug. Ein Polizeibeamter, der dem Zug entgegentrat und seine Auflösung forderte, wurde zu Boden gerissen und mit Stöcken und Steinen blutig geschlagen. Zum Glück kamen rechtzeitig polizeiliche Verstärkungen am Tatort an, die den Zug auflösten und den Beamten aus seiner gefährlichen Lage befreiten. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Breslauer Nachrichten

Einbruch in eine Gastwirtschaft. Bei einem Einbruch in eine Schankstätte in der Friedrich-Wilhelmstraße erbeuteten die Diebe 18 000 Zigaretten, 500 Zigarren und 18 Flaschen Likör und Rum, sowie einige andere Gegenstände. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf über 1000 Mark.

Eine „zärtliche" Gattin. Zwischen dem Arbeiter Hasler in der Friedrich-Wilhelm-Straße und seiner Frau kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf die Frau zum Küchenbeil griff und den Ehemann damit bearbeitete. In schwer verletztem Zustande wurde er dem Krankenhause zugeführt. Er hatte schwere Verletzungen am Kopfe davongetragen.

Selbstmord eines Studenten. Der Student Neumann wurde in seiner Wohnung am Museumplatz erhängt aufgefunden. Die Ursache ist unbekannt.

Karl der Große

Roman von Wolfgang Marken

Urheber-Rechtschutz durch Verlag Oskar Meister, Werdau S.A.

(48. Fortsetzung.)

Als die Pferde am Start waren, wurde von einem der Bevollmächtigten der Buchmacher plötzlich 200 000 Mark auf Hektor angelegt.

Das war Sensation.

Aber es sollte noch besser kommen. Als die Pferde in Startstellung standen und jede Sekunde das Glockenzeichen ertönen konnte, trat plötzlich Herr von Hochgesang heran und legte mit einem Reichsbankscheck 500 000 Mark auf Jungmanne an.

Der Vertreter der Buchmacher sah es und erbleichte. Er zog einen Reichsbankscheck aus der Tasche und stürzte heran

Doch schon tönte die Glocke. Die Pferde waren am Start

Der Toto war geschlossen.

Totenbleich stand der Vertreter der Buchmacher.

Er stürzte dann zum Stande der Buchmacher, rief ihnen laut zu: „Im letzten Augenblick sind 500 000 Mark auf Jungmanne angelegt worden!"

Den Buchmachern fiel das Herz in die Kniekehlen. Sie wußten, daß das der Ruin für so manchen von ihnen war

Aber jetzt war nichts mehr zu tun.

Die Pferde liefen.

Man mußte hoffen, daß wieder einmal einer jener Zufälle in Aktion trat, der alle Prophezeihungen umwirft.

* * *

In Bolles Loge.

Alle drei hatten ihre Gläser den Pferden am Start zugerichtet.

„Er steht gut, der Hengst!" sagte Bolle wohlgefällig „Und ne klotzige Ruhe hat er. Sehn Sie ihn, Herr Große, ganz innen steht er mit seiner blauen Jacke."

Karl nickte.

Er fühlte, daß die Aufregung, die er früher wohlig bei so manchem Rennen empfunden hatte, wieder Gewalt über ihn ergriff.

Er war voll Spannung, glaubte aber, daß der Verlauf des Rennens ein ganz einfacher sein würde.

Die Startglocke.

Glänzend, fast in Linie, kamen alle Pferde ab, am besten Bolles Hengst, der die Innenseite hatte und gleich mit drei Längen die Führung übernahm.

Hinter ihm galoppierten ruhig die anderen Pferde. Das Tempo war nicht zu scharf.

Hektor lag in guter vierter Position.

Das Feld galoppierte an den Tribünen vorbei.

Vorn lag mit drei Längen „Karl der Große", der wundervoll ruhig und gleichmäßig ging.

Sie bogen in die kurze Seite ein und immer war Bolles Hengst in Front.

Bolle war überselig.

„Wie det Pferdchen läuft! Ne, nee, det macht mir Spaß, un wenn er nachher ganz hinten ist!"

Plötzlich ging ein Schrei durch das Publikum.

Was war denn das?

Türkis, der hinter „Karl dem Großen" lag, war anscheinend in ein Loch getreten. Er stolperte und verlor den Reiter. Das Pferd schwankte nach rechts und links, und die Reiter von Ulster Kings Sohn und Contessina konnten sich gleichfalls nicht im Sattel halten. Sie stürzten.

Es war ein dichter Knäuel.

Otto Schmidt konnte sich mit vieler Mühe noch auf seinem Pferd halten, aber er mußte es zurückreißen, fast zum Stillstehen verhalten, ebenso ging es den anderen.

Schnitzler auf Bolles Hengst hörte den Schrei des gestürzten Reiters von Contessina, den ein Pferd auf die Schulter trat, wandte blitzschnell den Kopf und hatte im Bruchteil einer Sekunde die Chance für sein Pferd erfaßt.

Er trieb den Hengst mit plötzlichem Ruck vorwärts, gewann zehn, zwanzig und immer mehr Längen. Rund zweihundert Meter lag er vor dem Felde, als es Otto Schmidt wieder gelungen war, seinen Hengst vorzubekommen.

Und jetzt ließ er Hektor ausgreifen.

Der Hengst gab sein Bestes. Er erwies sich als ein wundervoller Galoppierer, kam näher und näher. Aber der Abstand war, als sie in die kurze Seite hinten einbogen, immer noch gut hundert Meter.

Bolle war ganz aus dem Häuschen.

„Er gewinnt! Grete, er gewinnt! Passen Sie auf, Herr Große, mein Hengst gewinnt den „Großen Preis von Berlin!" Nun waren nur noch vier Pferde im Rennen.

Allein auf weiter Flur lag „Karl der Große". Hinter ihm ritt Otto Schmidt wie der Teufel und kam näher und näher.

Gut zehn Längen hinter Hektor kämpften sich Jungmanne und Ilka vorwärts.

Hektor kam immer näher. Als die scharfe Ecke kam, lag er noch zwanzig Längen hinter Bolles Hengst.

Die Zuschauer fieberten.

„Bolles Hengst gewinnt!" riefen die einen entsetzt.

Andere wieder sagten: „Paßt man uff, wenn der zusammenklappt!"

Aber Schnitzler auf „Karl der Große" wußte, daß sein Hengst noch Reserven hatte. Er hatte, als er seinen gewaltigen Vorsprung erkannte, den Hengst ruhig gehen lassen. Er hielt es für ausgeschlossen, daß Hektor ihn noch erreichen könne.

Aber Hektor erwies sich als ein Wunderpferd.

Unter dem ohrenbetäubenden Jubel der Masse kam er in der Geraden dem Bolleschen Hengst näher und näher.

Nur noch drei Längen trennten ihn von der Distanz von ihm.

Da griff Schnitzler, der die Gefahr fühlte, zur Peitsche. Und just in dem Moment, zehn Meter vor dem Ziel, als Hektor bis auf eine halbe Länge heran und im Begriffe stand, vorbeizugehen, da . . . als sie fast auf gleicher Höhe lagen . . . fünf Meter vor dem Ziel . . . da streckte sich „Karl der Große" noch einmal willig.

Er zeigte Hektor, daß er auch nicht von schlechten Eltern war.

Wie ein Verzweifelter kämpfte Otto Schmidt die letzten Meter. Todmüde war der treue Hektor.

Aber er brachte ihn nicht an „Karl dem Großen" vorbei.

Mit einer Länge siegte „Karl der Große" . . . der Hengst Bolles, der nichts in dem Rennen zu suchen hatte.

Totenstille war auf dem Platz.

„Alle . . . alle hatten ihr Geld verloren, und so manch einer knirschte: „Verdammter Schinder! Du mußt Hektor schlagen!"

Der Sieg des Außenseiters „Karl der Große" wirkte deprimierend auf die Zuschauer.

Alle . . . aber auch alle hatten sie ihr Geld verloren.

* * *

Bolle war überselig, und die anderen waren es mit ihm. Karl reuten nicht seine 130 Mark, die er auf die Zehn gesetzt hatte.

„Gratuliere, Herr Bolle! Der Hengst ist trotz allen Glückes fabelhaft gelaufen. Es war ein Vergnügen, ihn im Endkampf zu sehen. Aber jetzt kommen Sie, Herr Bolle, wir wollen den braven Hengst besuchen. Heute kann ich es Ihnen sagen . . . „Karl der Große" hat einmal mir gehört, als ich in Köln noch einen Rennstall hatte."

Maßlos erstaunt sah ihn Bolle und Grete an.

(Fortsetzung folgt.)

Saatkartoffeln.

Die beste aller Frühkartoffeln! Orig. Holl. Erstlinge!
Die früheste, gelbfleischige Delikateßkartoffel. Bringt höchste Erträge (150—200 Ztr. pro Morgen keine Seltenheit). Ueberall, wo Orig. Holl. Erstlinge bisher angebaut, hat sie Aufsehen und große Bewunderung erregt durch ihre frühe Reife und hohe Ertragsfähigkeit in allen Bodenarten. Die Knollen sind länglichrund, gelbfleischig und von ganz vorzüglichem Geschmack. Sie ist deshalb die beste, reichtragendste und empfehlenswerteste aller Frühkartoffeln. Wir liefern Originalsaat in plombierten Säcken: 1 Ztr. Mk. 9, 1/2 Ztr. Mk. 5, 1/4 Ztr. Mk. 3, 10 Pfd. Postcolli Mk. 1,50.

Gelkaragis.
Die beste mittelspäte, gelbfleischige Speisekartoffel für Massenanbau und Winterbedarf. Die gleichmäßig schönen, runden Knollen mit gelbem Fleisch und feinem Geschmack machen Gelkaragis zur besten und begehrtesten Dauerkartoffel. Gelkaragis bringt riesige Erträge und ist ertragstreu. Wir liefern anerkanntes Saatgut: 1 Ztr. Mk. 7, 1/2 Ztr. Mk. 4, 1/4 Ztr. Mk. 2,50, 10 Pfd. Postkolli Mk 1,50.

Versand per Nachnahme.

Weitere Früh- und Spätkartoffeln wie: Goldball, Paulsen Juli, Julinieren, Kaiserkrone, Gelbe Juni, Bonifacius, Industrie, Edeltraut, Preußen, Pepo, Odenwälder Blaue, Parnassia, Wohltmann usw. Alle Sorten pro Ztr. Mk. 7. — Bitte verlangen Sie kostenlose Zusendung unseres reichhaltigen Hauptkataloges.

A. Otto Füldner G. m. b. H.

Samenzucht — Samengroßhandlung

Tabarz-Erfurt

Moderne Romane	M.-K.-Briefkassetten	Rasierapparate
Ullstein-Bücher	M.-K.-Leinenpapiere	Rasiermesser
Jugendschriften	Schreibzeuge	Rasierzubehör
Bilderbücher	Schreibgarnituren	Papierservietten
Märchenbücher	Füllfederhalter	Portemonnaies
Poesiealben	Füllbleistifte	Brieftaschen
Fotoalben	kaufen Sie am preiswertesten u. in größter Auswahl in der Buchdruckerei Polkwitz Inh. Paul & Walter Brucksch Lübenerstrasse 3. Fernruf 27	Aktentaschen
Postkartenalben		Künstlerkarten
Kochrezeptbücher		Spazierstöcke
Schulbedarfsartikel		Bindfaden
Durchschreibebücher		Lampenschirme
Rechnungen		Siegellacke
Wechsel, Quittungen	Notizbücher	Gummi- und Hornkämme
moderne Leinenpapiere	Gesellschaftsspiele	Gummistempel
„Pelikan"-Tinten	Gesang- u. Gebetbücher	Kreppapiere
„Pelikan"-Gummis	Bilderrahmen	Violinsaiten
Schreibunterlagen	Postkartenrahmen	Guitarresaiten
Bürobedarf	Gratulationskarten	Thermosflaschen

Dieser naturfrische reine Duft

läßt sofort erkennen, daß „Rama im Blauband" ein wahrhaft edles Naturprodukt ist.

Jede Hausfrau verwendet in der Küche ein festes, reines Speisefett, z. B. geläutertes Rinderfett oder echtes Schmalz oder Palmin, verwendet eins der flüssigen, goldklaren Speiseöle, mit denen man Salate anrichtet, verwendet Milch, Hühnereigelb und Salz – ja, und solche Naturstoffe, in edelster Auswahl, bilden die wesentlichen Bestandteile unserer „Rama im Blauband", die an Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit mit der Butter erfolgreich wetteifert.

Da ist nichts Chemisches, nichts Künstliches – da ist vollkommener Genuß und gleicher Nährwert fürs halbe Geld.

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut

1/2 Pfd 50 Pfg

mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

○ **Postraub in Oberschlesien.** Im Kreise Kreuzburg wurde ein dreister Raubüberfall verübt. Das zwischen Kreuzburg und Rosenberg verkehrende Postauto mußte plötzlich auf offener Chaussee halten, da ein quer über die Straße gelegter Baumstamm den Weg versperrte. Unmittelbar darauf sprangen zwei Männer aus dem Graben und zwangen den Postschaffner, der sich allein in dem Auto befand, zum Verlassen des Wagens und zur Herausgabe des Schlüssels. Der wehrlose Postbeamte mußte zusehen, wie die beiden Männer das Auto durchsuchten und beraubten. Es fiel ihnen ein Geldbetrag von etwa 1500 bis 2000 Mark in die Hände. Außerdem haben sie zahlreiche Postsachen, besonders amtliche Sendungen, erbrochen. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

○ **Schweres Autounglück bei Beuthen.** Der zwischen Beuthen und Kattowitz verkehrende Autobus der Schlesischen Kleinbahngesellschaft stieß an einer Wegkreuzung mit einem Lastauto zusammen. Das Lastauto wurde in den Graben geschleudert und vollständig zertrümmert. Der Führer wurde so schwer verletzt, daß er noch vor der Einlieferung ins Krankenhaus starb. Zwei Mitfahrer des Lastautos erlitten schwere Verletzungen.

○ **Familientragödie.** In München wurden in ihrer Wohnung der 23 Jahre alte Musiker Steinl, seine etwas jüngere Ehefrau und das vier Jahre alte Töchterchen tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Feststellungen hat die Frau im Laufe der Nacht nach einem Streit ohne Wissen des Mannes den Gashahn im Schlafzimmer geöffnet. Unter den Eheleuten war es wiederholt zu Eifersuchtsszenen gekommen.

⊙ **Bluttat eines Deutschen in Lothringen.** In St. Avold in Lothringen wurde dieser Tage ein bereits einen Monat zurückliegendes Verbrechen aufgedeckt: ein deutscher Arbeiter namens Schenk hat nach einem Streit seine Frau erdrosselt und die Leiche dann mittels einer Säge zerstückelt. Schenk hatte überall erzählt, daß seine Frau nach Deutschland zu ihren Eltern gefahren sei. Er selbst ist seit zwei Wochen verschwunden, und man vermutet, daß er sich in Deutschland aufhält. Das zehnjährige Kind des Ehepaares befindet sich in St. Avold bei Verwandten, wo der Mörder es vor seiner Flucht untergebracht hatte.

⊙ **Die geplante neue Großglocknerstraße.** Im Salzburger Landtag machte der Landeshauptmann Dr. Rehrl Mitteilungen über die Erbauung der neuen Großglockner-Hochalpenstraße, die etwa 43 Kilometer lang sein soll. Die Baukosten werden auf acht bis zwölf Millionen Schilling geschätzt. Nach Vollendung der Glocknerstraße wird es möglich sein, an einem Tage von München zur Adria zu fahren.

⊙ **Großer Speicherbrand in Danzig.** In Danzig brach in den an der Mottlau gelegenen Speichern ein Brand aus. Zwei sechsstöckige Speicher sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Etwa 2000 Tonnen Getreide wurden vernichtet. Durch einen Giebel, der zusammenstürzte, wurde ein Oberfeuerwehrmann erschlagen.

⊙ **Flugzeugunglück in Tunis.** Bei Biserta in Tunis geriet ein Wasserflugzeug in 1000 Meter Höhe in Brand. Es gelang dem Piloten, in der Nähe des Hafens zu landen. Fünf Mann der Besatzung konnten von herbeigeeilten Booten gerettet werden, während der sechste mit in die Tiefe gezogen wurde.

⊙ **Furchtbarer Anschlag gegen Monte Carlo.** Die Wiener Polizei verhaftete einen 62 Jahre alten Kaufmann Rappaport aus Polen, der die Spielbank von Monte Carlo mit gefälschten Spielmarken betrügen und um ihr mühsam erworbenes Geld bringen wollte. Man fand bei Rappaport 540 in Wien angefertigte Spielmarken, die den Aufdruck des Spielkasinos von Monte Carlo trugen und auf je 100 Frank lauteten.

Bunte Tageschronik

Kiel. Die Inhaber des Mitte vorigen Jahres zusammengebrochenen Bankhauses Tilsen — Vater und Sohn — wurden wegen Fluchtverdachtes in Haft genommen.

Amtliche Schlachtviehmarktberichte

Berlin 11. 3.		Breslau 5. 3.	Breslau 12. 3.
	Ochsen		
56—58	vollfl. ausgew. höchster Schlachtwert 1. jüngere	49—50	48—50
—	2. ältere	49—50	48—50
53—55	sonstige vollfl. 1. jüngere	40—41	39—41
—	2. ältere	40—41	39—41
48—52	fleischige	30	28—30
40—46	geringgenährte	30	28—30
	Bullen		
53—54	jüngere vollfl. höchster Schlachtwert	48—50	48—50
50—52	sonstige vollfl. oder ausgemästete	41—42	41—43
48—49	fleischige	35	35
43—47	geringgenährte	—	—
	Kühe		
40—46	jüngere vollfl. höchster Schlachtwert	42—44	42—45
32—39	sonstige vollfl. oder ausgemästete	34—35	34—35
28—31	fleischige	25—27	25—27
23—27	fleringgenährte	20	20
	Färsen (Kalbinnen		
50—54	vollfl. ausgemästet höchster Schlachtwert	48—49	48—50
46—48	vollfleischig	41—42	41—42
39—45	fleischig	35	35
	Fresser		
38—46	Mäßig genährtes Jungvieh	—	42—43
	Kälber		
—	Doppellender bester Mast	—	—
75—81	beste Mast- und Saugkälber	75 80	75—89
60—75	mittlere Mast- und Saugkälber	67—70	67—60
43—58	geringe Kälber	50—55	50—55
	Schafe		
	Mastlämmer und jünge Masthammel		
—	1. Weidemast	—	—
59—62	2. Stallmast	64—66	64—66
52—53	mittl. Mastlämm, ält. Masthamm., gutgen. Schafe	53—55	54—56
45—51	fleischige Schafe	—	45—47
40—43	gering genährte Schafe	—	28
	Schweine		
71	Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht	—	—
70—71	vollfl. Schweine v. ca. 240—300 „ „	73—76	66—67
70—71	„ „ „ „ 200—240 „ „	73—75	65—66
67—70	„ „ „ „ 160—200 „ „	71—73	63—65
64—66	„ „ „ „ 120—160 „ „	--	—
64	Sauen	63—67	56—60

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. — Als Unterschied zwischen Stallpreis und Marktpreis sind angemessen bei Rindern 20 Proz., bei Kälbern u. Schafen 18, bei Schweinen 16 Proz

Der fünfte Reichsbankpräsident.

Amtsantritt Dr. Luthers.

Der Reichspräsident hat die Ernennung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther zum Reichsbankpräsidenten für die Amtsdauer von vier Jahren vollzogen.

Die Wahl des Reichskanzlers a. D. Dr. Hans Luther zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums erfolgte mit Wirkung vom 3. April d. J., an welchem die Übergabe der Amtsgeschäfte stattfindet.

In der Reihe der bisherigen Reichsbankpräsidenten steht Dr. Luther an fünfter Stelle. Geh. Reg.-Rat Hermann von Dechend wurde 1876 zum ersten Präsidenten der neuen Deutschen Reichsbank ernannt. Sein Nachfolger wurde 1890 der Reichsbankvizepräsident Dr. Richard Koch. Er war, wie sein Vorgänger, Jurist und ging aus dem Beamtenstabe des Instituts hervor. Im Jahre 1908 trat er in den Ruhestand, um dem Präsidenten der Seehandlung, Geh.-Rat Dr. Havenstein, Platz zu machen. Auch er war Jurist. Nach seinem plötzlichen Tode im Herbst 1923 wurde Dr. Schacht zum Präsidenten gewählt.

Der Jungdeutsche
Die Deutsche Illustrierte
sind zu haben in der Buchdruckerei Polkwitz

Der Aermelkanaltunnel in Sicht.

500 Millionen Mark soll er kosten.

Der Bericht des zur Prüfung der Frage des Tunnelbaues unter dem Ärmelmeer eingesetzten englischen Ausschusses steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Wie verlautet, hat sich der Ausschuß mit der wirtschaftlichen, technischen und geologischen Seite der Angelegenheit befaßt. Der Ausschuß billigt den Plan und ist der Ansicht, daß der Durchführung keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege stehen. Zeitungsmeldungen zufolge will man zunächst versuchen, einen Rohtunnel zu bohren. Der Kostenanschlag hierfür beziffert sich auf etwa 100 Millionen Mark. Der Ausschuß schlägt vor, daß der eigentliche Tunnelbau, dessen Kosten auf etwa 500 Millionen Mark geschätzt werden, nicht vom Staate unternommen werden, sondern dem Privatunternehmen überlassen bleiben soll.

Der „Feldzug bürgerlicher Gehorsamsverweigerung."

Ghandis Hundertmeilenmarsch.

Der aus 70 Freiwilligen bestehende Stoßtrupp Ghandis ist aus Ahmedabad zum Hundertmeilenmarsch nach dem Golf von Cambay aufgebrochen. Damit hat der Feldzug bürgerlicher Gehorsamsverweigerung zur Erreichung völliger Unabhängigkeit Indiens begonnen. Dem Aufbruch Ghandis und seiner Gefährten wohnten große Menschenmassen bei, die sich bereits viele Stunden vorher eingefunden hatten und von der Schule Ghandis ab auf beiden Seiten des Weges Spalier bildeten. Die Anteilnahme der Bevölkerung war so groß, daß die Stadt fast ausgestorben war. Wie gemeldet wird, sind anläßlich der Bewegung verschiedene englische Regimenter mobilisiert worden, da man anscheinend mit Zusammenstößen rechnet.

Furchtbare Katastrophe im Eisenbahntunnel.

Drei Frauen getötet.

Auf furchtbare Weise erlitten an der spanisch-französischen Grenze drei Spanierinnen den Tod. Die drei Frauen hatten in Cerbère in der Nähe von Perpignan Einkäufe gemacht und wollten nach Port Bou zurückkehren. Um den kürzesten Weg einzuschlagen, gingen sie durch einen Eisenbahntunnel. In ihrer Begleitung befand sich der zehnjährige Sohn einer der Frauen. Als sie in einer Biegung des Tunnels angekommen waren, sahen sie plötzlich aus entgegengesetzter Richtung einen Zug heranbrausen. Sie wollten sich auf dem Nebengleis in Sicherheit bringen, hatten aber nicht mehr Zeit, auf die andere Seite des Tunnels zu gelangen, und wurden zermalmt. Der Zug quetschte die drei Frauen zwischen Tunnelwand und Eisenbahnwagen ein und richtete sie grauenhaft zu. Der Knabe blieb wie durch ein Wunder unversehrt.

Neue Überschwemmung in Südfrankreich.

Paris. Wie aus Bayonne gemeldet wird, ist der Saleysfluß aus seinen Ufern getreten und hat die Stadt Salies-de-Bearn zu drei Viertel überschwemmt. Das Wasser steht über 1,50 Meter hoch. Die Verbindung zwischen Ober- und Unterstadt ist unterbrochen.

Raubüberfall auf der Landstraße.

Frankfurt a. M. Auf der Sprendlinger Landstraße wurde auf das Lieferauto einer Großmetzgerei ein Raubüberfall ausgeführt. Als sich das Auto in der Höhe von Neu-Isenburg befand, erlitt es plötzlich eine Panne, weil auf der Chaussee Nägel und Glasscherben gestreut waren. Als der Chauffeur abstieg, wurde er von mehreren Männern überfallen und niedergeschlagen. Dem bewußtlos Daliegenden wurde die Geldtasche geraubt, in der sich 800 Mark in bar sowie ein Überweisungsscheck in Höhe von 500 Mark befanden.

Meteorologischer Wetterbericht

Aussichten: Fortdauer der nachwinterlichen Lage.

Letzte Nachrichten

Zahlungsaufschub für den Osten.

Die Forderungen des Reichslandbundes.

Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Berlin bekannte sich in vollem Umfange zu den Forderungen, die durch die Grüne Front der Reichsregierung bekanntgegeben worden sind. Das im Reichslandbund zusammengeschlossene Landvolk stehe vereint und gerüstet hinter den Führern, verlange aber die Neubesetzung des Reichsernährungsministeriums, sofern auch jetzt noch nicht die Forderungen der Landwirtschaft umgehend durchgeführt würden. Diese bezögen sich in erster Linie auf Zinsensenkung auf Reichsbankdiskont, Steuer- und Lastensenkung in weitestem Umfange, Schaffung eines Betriebserhaltungsfonds und vor allen Dingen: dem Osten bis zur Wiedererlangung der immer wieder versprochenen Lebensgrundlagen einen allgemeinen Zahlungsaufschub zu verschaffen.

Kein Abbau der Technischen Nothilfe geplant.

Aber Senkung der Haushaltsmittel.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Ministerialdirektor Dr. Mentzel (Reichsinnenministerium) zu der Frage der Technischen Nothilfe aus:

Die Haushaltsmittel für die Technische Nothilfe sind von 3 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 2,85 Millionen Mark im Jahre 1926, 2,5 Millionen Mark im Jahre 1927, 2,25 Millionen Mark im Jahre 1928 und auf 1 Million Mark im Jahre 1929 gesenkt worden. Diese starke Reduktion an Mitteln machte den Abbau von 48 Angestellten notwendig, denen auf Grund der mit ihnen bestehenden Verträge Abkehrgelder in Höhe von 183 000 Mark gezahlt werden mußten. Im höchsten Falle ist den vor 1926 eingestellten Angestellten als Abkehrgeld das achtfache Monatsgehalt gezahlt worden. Die Landesleiter, also nicht die örtlichen Leiter der Technischen Nothilfe, werden nach Gruppe 13 des Reichsangestelltentarifs bezahlt. Rückeinnahmen sind in diesem Jahre nicht zurückgeflossen.

Die Finanzverhandlungen der Parteien.

Aussprache unter Beteiligung der Volkspartei.

Im Reichstag wurden Donnerstag nachmittag die Finanzverhandlungen zwischen den Regierungsparteien wieder aufgenommen. Die Besprechung der Vertreter der Parteien, in der auch die Deutsche Volkspartei durch den Abg. Cremer vertreten war, dauerte drei Stunden. Ein Ergebnis ist, wie verlautet, bisher nicht erzielt. Es handelte sich vielmehr in der Hauptsache um die grundsätzliche Aussprache über die weiteren Möglichkeiten einer Einigung. Die Besprechungen werden am Freitag fortgesetzt.

Wirtschaftliche Abrüstung

Das endgültige Genfer Programm

Das endgültige Programm für die Genfer Zollfriedenskonferenz liegt nunmehr vor. Der Entwurf befaßt sich im allgemeinen mit den Bestrebungen der unterzeichneten Staaten, zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen, die Austauschbedingungen zu erleichtern und den Handelsverkehr mit den überseeischen Staaten weiter auszubauen. Die Realisierung dieser Programmpunkte soll unverzüglich eingeleitet werden. Man hofft, in kürzester Frist zu einer wirtschaftlichen Organisation dieser Beziehungen zu gelangen und die bisherigen Hemmnisse zu beseitigen.

Neben anderen Maßnahmen wird besonders die Senkung der Handelstarifmauern erwähnt.

Die Beuthener Bankräuber vor Gericht

Je zwei Jahre Gefängnis für die Täter

Vor dem Großen Schöffengericht in Beuthen hatten sich die Bankräuber zu verantworten, die am 13. Januar d. J. in den Abendstunden in die Nebenstelle Roßberg der Stadtsparkasse eingedrungen waren und dort etwa 2000 Mark raubten. Auf der Anklagebank saßen der Arbeiter Josef Karwath aus Bobrek, Gerhard Schiwek aus Schomberg und Wilhelm Kotzybek aus Schomberg. Zwei weitere Angeklagte machten seinerzeit durch Selbstmord ihren Leben ein Ende.

Die Angeklagten wurden wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit unbefugtem Waffenbesitz zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung von 1½ Jahren der Strafe wird sämtlichen Angeklagten Bewährungsfrist zugebilligt. Die Angeklagten erklären sich mit dem Urteil einverstanden.

Ein dänisches Militärflugzeug abgestürzt.

Vermutlich zwei Todesopfer.

Nach einer Mitteilung aus Kopenhagen ist in der Nähe von Agersöe ein dänisches Militärflugzeug in den Großen Belt gestürzt. Man vermutet, daß es sich um eines der großen K-Flugzeuge handelt, die sich auf dem Wege nach Hadersleben befanden. Die beiden Flieger an Bord dürften den Tod gefunden haben. Mehrere Heeresflugzeuge halten sich an der Unfallstelle auf.

Ein neues Opfer der Papageienkrankheit.

London. Der Bürgermeister von Ashton-on-Lyne, Dr. Spencer, der zugleich als Arzt praktizierte, ist an den Folgen der Papageienkrankheit gestorben. Es ist dies der siebente Fall eines tödlichen Verlaufs vermutlicher Psittakosis, der in diesem Jahr in England zu verzeichnen ist. Die Gattin und eine Assistentin Dr. Spencers sind gleichfalls an Psittakosis erkrankt und liegen in bedenklichem Zustande danieder. Ein Sohn Dr. Spencers befindet sich dagegen auf dem Wege der Besserung.

Sieben Todesurteile in Chittagong.

Chittagong. Hier wurden sieben Mohammedaner zum Tode verurteilt. Sie hatten den Sohn eines Hindus ermordet und in Stücke geschnitten.

Passive Resistenz indischer Eisenbahnangestellter.

Bombay. Bei Unruhen in der Umgebung von Bombay wurden zwei Polizisten und 50 Streikende verletzt. 200 Eisenbahnangestellte hatten passive Resistenz geübt, indem sie sich auf die Eisenbahnschienen legten. Zwei Rädelsführer wurden verhaftet.

A. QUASIGROCH (VORM. C. KRAUSE) LUEBENERSTR. 6

Einladungs-Karten zur Konfirmation Taufe Vermählung Silberhochzeit hält auf Lager

Buchdruckerei Polkwitz

Das Ausland zur Annahme des Young-Plans

Die Wiener Blätter berichten sehr ausführlich über die endgültige Verabschiedung des Young-Planes. Die „Wiener Neuesten Nachrichten" stellen fest, daß die politischen und nationalen Vorteile des Young-Planes gegenüber seinen Verpflichtungen nicht übersehen werden dürften. Jedenfalls sei durch seine Annahme jener schwere Abschnitt der deutschen Außenpolitik nach dem Kriege vorläufig abgeschlossen, in welchem es sich darum handelte, dem deutschen Volke das Erfüllen der ihm auferlegten Verpflichtungen tragbar zu machen und sie vor allem genau zu bestimmen.

Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt: Dieser Abstimmung kommt historische Bedeutung zu. Die Ratifikation des Young-Planes durch Deutschland ist nunmehr gesichert, und da an der Zustimmung des französischen Parlaments nicht zu zweifeln ist, wird in Bälde der Neue Plan in Kraft treten.

Die Pariser Presse verzeichnet zwar die Tatsache der endgültigen Ratifizierung des Young-Planes durch den Reichstag, aber kaum ein Blatt würdigt die Bedeutung dieses Beschlusses. Nur „La République" schreibt: „Durch die Aussprache im Reichstag ist uns zur Kenntnis gebracht worden, daß alle deutschen Parteien sich darin einig sind, die Abkommen im Haag als provisorisch zu betrachten, und daß früher oder später — früher wäre besser — deren Revision ins Auge gefaßt werden müsse." „Homme Libre" meint, durch die Abstimmung seien die innenpolitischen Schwierigkeiten in Deutschland immer noch nicht behoben.

Die Annahme des Young-Planes wird in der englischen Morgenpresse ohne Kommentare verzeichnet. Der von den Koalitionsparteien bei Annahme des Liquidationsabkommens mit England gemachte Vorbehalt wird in der „Times" wiedergegeben, ohne daß jedoch hierzu Stellung genommen wird.

Von der polnischen Presse beschäftigt sich die halbamtliche „Gazeta Polska" mit der Ratifizierung des Young-Planes und des Polenabkommens. Die Regierung Müller habe die schwere und große Schlacht gewonnen. Die Ratifizierung des Warschauer Abkommens sei um so mehr zu begrüßen, als sie dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages vorausgehe. Der „Expreß Poranny" gibt eine kurze Unterredung seines Korrespondenten mit Reichsaußenminister Dr. Curtius wieder. Der Außenminister habe erklärt, daß die Regierung den parlamentarischen Kampf gewonnen habe und daß man nunmehr an der Schwelle einer neuen Ära der Befriedung Europas stehe.

In Newyork wird die Annahme des Young-Planes in Finanzkreisen mit großer Befriedigung aufgenommen, obwohl man sie erwartet hat. Die Wahl Luthers zum Reichsbankpräsidenten wird in Bankkreisen und in der Presse begrüßt.

Nah und Fern

○ **Betrugsversuch an einer Spielbank.** Ein in Nürnberg wohnhafter Kaufmann wollte in einer Zirndorfer Kunstanstalt nach dem Muster der Spielmarken des Kasinos von San Remo 9000 Spielships, und zwar 4000 Drucke mit der Aufschrift „1000" und 5000 Drucke mit der Aufschrift „500" herstellen lassen. Nach den Erhebungen der Polizei würden diese Nachahmungen die Spielbank um 6½ Millionen Lire geschädigt haben. Der Plan ist durch die Verhaftung des Auftraggebers vereitelt worden.

○ **Drei Seeleute von der Ankerkette niedergeschlagen.** Als der Hamburger Dampfer „Hedwig", der auf der Reede von Stolpmünde gelegen hatte, den Anker lichten wollte, um in den Hafen einzulaufen, brach die Sperrklinke der Ankerkette. Durch die losschnellende Kette wurde ein Matrose auf der Stelle getötet. Zwei weitere Seeleute wurden schwer verletzt.

○ **Autokatastrophe.** In einer Wegbiegung zwischen Neudorf und Pegnitz verunglückte das Auto des Besitzers der Astra-Werke, Gräfe, aus Chemnitz. Der achtjährige Sohn des Besitzers wurde auf der Stelle getötet, während die übrigen Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert.

⊙ **Die Hochwasserverwüstungen in Moissac.** Nach einer von französischen Blättern veröffentlichten Statistik sind in Moissac durch die Überschwemmungen drei Viertel der Stadt zerstört. 600 Häuser sind eingestürzt; 50 müssen abgetragen werden, da Einsturzgefahr besteht. Bis jetzt sind 107 Tote gezählt worden. Hunderte von Personen übernachten immer noch im Freien auf Brettern oder in Betten ohne Decken.

⊙ **Tödlicher Flugzeugunfall eines kanadischen Kampffliegers.** Der kanadische Oberst W. G. Barker, Inhaber der höchsten englischen Kriegsauszeichnung, fand bei einem Flugzeugunglück den Tod. Barker, der den Weltkrieg von Anfang bis Ende mitgemacht hat, hat nach amtlicher Darstellung 52 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Er war 36 Jahre alt.

Max Sklarek aus der Haft entlassen

Berlin. In dem Haftprüfungstermin gegen die Brüder Sklarek wurden die gegen den Angeschuldigten Max Sklarek bestehenden Haftbefehle aufrechterhalten, da dringender Tatverdacht und Fluchtverdacht fortbesteht. Er wird jedoch bis auf weiteres mit Untersuchungshaft verschont, weil die vier eidlich gehörten Sachverständigen die Aufhebung der Untersuchungshaft dringend befürwortet haben, da sonst mit der Gefahr einer erheblich fortschreitenden Verschlimmerung der schweren Erkrankung sowie mit der Möglichkeit eines plötzlichen Todes zu rechnen sei. (Herzkrankheit, Arterienverkalkung und Nierenentzündung.) Gegen Leo und Willi Sklarek sind die Haftentlassungsanträge abgelehnt worden.

Beratung des Republikschutzgesetzes.

Lärm um Severing.

Berlin, 13. März.

Aus einem Mißverständnis, flüsterten manche Leute sich im Reichstag zu, sei der Skandal entstanden, der in den ersten Nachmittagsstunden die heiligen Hallen durchtobte und einen Augenblick lang die Weiterverhandlungen einfach unmöglich zu machen schien. Ach nein, nicht ein Mißverständnis war es sondern der Vorfall hatte auf spychologischen Ursachen beruhende Veranlassung. Es war die zum Ausdruck drängende Reaktion auf die in den letzten schweren Tagen des Young-Plans angesammelte Spannung, die bei dem verhältnismäßig sachlich verlaufenen Kampf um die Haager Abmachungen nicht zum vollen Niederschlag gekommen war. — Heute, bei dem Republikschutzgesetz, platzte die Bombe.

Minister Severing verteidigte den Gesetzentwurf und entfernte sich dann eilig. Der folgende Redner von rechts wollte nicht sprechen ohne Severings Anwesenheit, es entstand Lärm und Tosen, als Severing nicht erschien und es vielleicht vorzog, draußen in Behaglichkeit seine Tasse Kaffee zu trinken. Behaglichkeit vertragen Streithähne jeder Färbung nicht, am wenigsten politische Fanatiker. Dazu kam eine etwas unklar bleibende Anordnung des Präsidenten Löbe, die glücklicherweise auf zweierlei Arten gedeutet werden konnte.

Der Sturm brach los; mit betäubendem Lärm, mit in orkanartigem Getöse untergehenden Ordnungsrufen und der Verbannung für einen Kommunisten aus dem Saal. Als die Verwirrung bis zum Gipfelpunkt gestiegen war, zeigte sich unvermutet Severing wieder, und die Anklagereden seiner politischen Gegner konnten vonstatten gehen. Reichsjustizminister von Guérard goß juristisch und verfassungskundig abgemessenes Öl auf die langsam abebbenden Wogen. io.

Aus In- und Ausland

Berlin. Ministerialrat Dr. med. Ludwig Bürger wird am 1. April die Leitung der Strafvollzugsabteilung im preußischen Justizministerium übernehmen. Damit tritt zum erstenmal ein Arzt an die Spitze der preußischen Gefängnisverwaltung.

Berlin. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände veröffentlichen eine Entschließung zur Annahme der Young-Gesetze, in der sie erklären, daß sie diese Diktate niemals als bindend anerkennen werden.

Der „Herzog von Ostfriesland" vor Gericht

Gerissener Hochstapler düpiert kleine Leute

Unter der Anklage des vollendeten Betruges in sieben Fällen, teilweise in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und einigen Betrugsversuchen hat sich vor dem Waldenburger Schöffengericht der 41 Jahre alte Willi Hillebrand aus Hannover zu verantworten.

Als H. über die von ihm gegründete „Großdeutsche Bewegung" und deren „Dienststelle", die sich in Bad Salzbrunn befinden sollte, Auskunft geben sollte, verschanzte er sich hinter dem Einwand, daß er diese politischen Vertrauenssachen nicht offenbaren könne. Seine Anhängerschaft wuchs zusehends, doch lehnte H. es merkwürdiger Weise immer ab, die Mitglieder dieser Bewegung durch eine Zusammenkunft bekannt zu machen. Um so mehr ging es bei der Einführung neuer Mitglieder geheimnisvoll und höchst feierlich zu. Hillebrand, der sich als „Herzog von Ostfriesland" bezeichnete, nahm selbst die Vereidigung der neuen Anhänger vor. Die finanzielle Stütze dieser Bewegung sollte dadurch bewirkt werden, daß jedes Mitglied den „Zehnten", also 10 v. H. seines Einkommens, an den „Führer" abliefern mußte. Den geheimnisvollen Nimbus, den H. um seine Person wob, offenbarte ein Telegramm, das bei den in Weißstein wohnenden Freunden des H. am Tage nach dem Ableben der Mutter des Hillebrand eintraf. Die Depesche hatte folgenden Wortlaut: „Ihre Königliche Hoheit, die Großherzogin-Mutter, ist heute verschieden. gez. von Selle."

In der weiteren Verhandlung wurden dann auch die okkultistischen Machenschaften des Angeklagten erörtert. H. bestritt nicht die Möglichkeit, daß mitunter Geister aus ihm gesprochen hätten.

Kriminalkommissar Oesterreich bekundete, daß H. es stets in geschickter Weise verstanden habe, seinem Bekanntenkreis zu suggerieren, daß er von fürstlichem Geblüte sei. Die von H. angeblich gegründete „Großdeutsche Bewegung" habe nur in seiner Phantasie bestanden.

Breslauer Produktenbörse vom 13. März 1930

Breslau. Amtliche Preise bei sofortiger Bezahlung (für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis), Rauhfutter ab Erzeugerstation, frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen.

Weizen mittlerer Art und Güte 75,5 Kilogramm Effektivgewicht min. 22,80, Roggen mittlerer Art und Güte 71,2 Kilogramm Eff min. 14,30, Hafer mittlerer Art und Güte neu 11,80, Braugerste, feinste (bei Verkauf ab Verladestation ermäßigt sich der Preis im allgemeinen um die Fracht von der Verladestation), gute 17,00, Sommergerste mittlerer Art und Güte 14,50, Wintergerste mittlerer Art und Güte 14,00.

Leinsamen 35,00, Senfsamen 30,00, Hanfsamen 28,00, Blaumohn 66,00, mittlere Art und Güte der letzten Ernte.

Speisekartoffeln, gelbe, 1,90, rote 1,60, weiße 1,40, ab Erzeugerstation, Fabrikkartoffeln, für das Prozent Stärke 0,06, ab Verladestation.

Weizenmehl 33,00, Roggenmehl 21,00, Auszugsmehl 39,00, Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Grundsteinlegung zum Kriegerdenkmal findet Sonntag nicht statt.

Kirchgang der Vereine in Marschordnung **nicht** gestattet, daher Antreten der Vereine unnötig. Rege Beteiligung am Gottesdienst wird erwartet. Bitte Halbmast flaggen.

Für die Vereine **Dr. Walter.**

Der Stahlhelm

Sonntag, 16. März, abends 8 Uhr veranstaltet der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in Maiwalds Gaststätte eine große

Wohltätigkeits-Vorstellung

zum Besten d. Kriegerdenkmalsfonds

Es gelangt das große Vaterländische Festspiel **„Deutsches Hoffen"** in sieben Aufzügen zur Aufführung nebst Gedichtsvorträgen und Gedächtnisansprache für die gefallenen Helden. Redner: Herr Major Abramowski-Glogau.

Allen Vereinen, sowie sämtl. Bürgern d. Stadt Polkwitz sollte es Ehrensache sein, zu dieser Veranst. zu erscheinen

Eintritt 50 Pfg.

Der Stahlhelm.

Schüleraufnahme.

Die Aufnahme der zum 1. April d. Js. schulpflichtig werdenden Kinder (geboren in der Zeit vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924 und event. noch die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1924 geborenen) erfolgt für beide Schulen (evang. und kath.) am

Dienstag, den 1. April 1930

(evang.: 1 Uhr nachm., Schulhaus II, Wallstraße; kath. 10 Uhr vorm., kath. Schulhaus, Kirchplatz). Vorzulegen sind Impf- und Taufscheine.

Die Beiträge zur Landkrankenkasse für den Monat Februar 1930 sind bis spätestens 19. d. Mts. zu entrichten.

Die bisher gewährten Hauszinssteuer-Stundungen gelten nur noch bis 31. 3. 1930.

Anträge auf Gewährung bezw. Weitergewährung von Hauszinssteuerstundungen sind bis spätens zum 20. d. Mts. unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen zu stellen.

Polkwitz, den 12. März 1930

Der Magistrat

Oeffentliche Erinnerung.

Es wird daran erinnert, daß die Zahlung von **Kirchensteuern und Kirchstellengeldern** an die Ev. Kirchengemeinde Polkwitz für den Rest des Rechnungsjahres 1929/30 fällig geworden ist. Dieselbe soll bis zum 31. März erfolgen, widrigenfalls Zwangsvollstreckung zu gewärtigen ist.

Polkwitz, den 12. März 1930.

Der ev. Gemeindekirchenrat.

Kieslieferung.

Der für die diesjährigen Neuschüttungen auf den Kunststraßen des Landkreises Glogau erforderliche Kies soll zur alsbaldigen Lieferung mit ein Zehntel Uebermaß frei Verwendungsstelle vergeben werden.

Verschlossene Angebote mit der Aufschrift „Kieslieferung" nebst Kiesprobe (in Zigarrenkistchen) sind bis

Dienstag, den 18. März d. Js.

an das Kreisbauamt einzureichen.

Ein Verzeichnis der Lieferstrecken liegt während der Dienststunden im Kreisbauamt, Kreishaus Zimmer 16, zur Einsichtnahme aus.

Glogau, den 10. März 1930.

Der Kreisausschuß.

J. A. Kirchner, Kreisbaumeister.

Holzwurm-Politur Garant. Mittel gegen den Holzwurm. **Auch zum Auffrischen von gestrichenen und polierten Möbeln aller Art.** Alleinverkauf für Polkwitz und Umgegend: Paul **Loysa** Tischlerei mit Kraft-Betrieb Bahnhofstr. 7.

Die **Zahlung der Zusatzrenten** an Schwerkriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die nicht voll im Erwerbsleben stehen, erfolgt für den Monat März d. Js. am **15. d. Mts.** im Rathause zu Polkwitz.

Für die mir zu meinem 70. Geburtstag dargebrachten freundlichen Glückwünsche und Geschenke danke ich herzlichst.

Polkwitz, den 14. März 1930

Reinhold Beyl.

Sonntagsdienst Dr. Walter

Dr. Auer, Markt, Ecke Lübenerstraße, hält Sprechstunden jeden Sonn- u. Feiertag v. 7—9 Uhr

---

Chorverein Heut, Freitag, 8 Uhr Herr.- u. Damenpr.

RKG Sonntag, 16. 3. 1.30, Thronfolger **Wanderung Niederheide**

Evangel. Frauenhilfe Montag im Vereinshaus

Flora-Lichtspiele.

Sonntag, den 16. März abends 8 Uhr

Geheimnisse des Orients

In den Sternen steht geschrieben
Ein Spitzenwerk der Ufa in elf Akten

Beiprogr.: Jonny als Reporter
Lustspiel in 2 Akten

Nachmittags 2 Uhr Kinder- u. Familienvorstell.
bei vollem Programm

Eintrittspreis für Kinder 20 Pf.

Um gütigen Zuspruch bittet

Familie Vogt

Saatbeize

Uspulun
Tillantin
Ceresan
Germisan
Abavit
Betanal

empfiehlt

Anton Müller

Gramschütz Schrebau Glogau.

ROSEN

Für Mk. 4.70 den ganzen Garten voller Blumen! Wir liefern 8 Stck. Edelbuschrosen in den schönsten Sort. mit Namen; prima starke Sträucher. 5 Pracht-Gladiolen in den schönsten Farben, 5 Knollen-Begonien in den schönsten Farben, 2 wundervolle Dahlienknollen, alles in prima Qualit. u. schon in diesem Jahre unermüdlich blühend. Die ganze Kollektion für nur Mk. 4.70.

A. Otto Füldner G. m. b. H.
Samengroßhandlg. — Baumschulen
Tabarz-Erfurt

Verreist!

vom 17. bis 29. März

Vertreter: HERR DR. MÜLLER

Dr. Walter

Verk. off. Bienenschuppen

zerlegbar, 9 Meter lang, und

einige ½ Bienenkasten

Schwarzbach.

Futterrüben

hat pro Zentner **70 Pf.** abzugeben

Dom. Petersdorf

Kreis Lüben Telef. Polkwitz 17

Sommer-sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter **Garantie** durch das echte unschädliche Teintverschönerungsmittel **„Venus"** Stärke B **beseitigt. Keine Schälkur.** Pr. ℳ 2,75. Gegen **Pickel, Mitesser** Stärke A.

Mohren-Drogerie G. Kubatz

Von Bremen

Ins Land kommen ca. 36000 Stück neue Kaffeesäcke aus Handtuchstoff. Preis per Stück 69 Pf., weil ungenäht u. ohne jeden Schriftaufdruck geliefert. Dieselben sind von guter Qualität, garantiert fehlerfrei und für kräftige Handtücher von jedermann zu verwenden. Jed. Kaffeesack enthält zwei Handtücher, weiß mit bunten Rand. Daher große Ersparnis für alle. Versand direkt an Private ohne weiteren Zwischenhandel von 10—20 Stck. b. 30 Stck. Porto- u. Verpackungsfrei unter Nachnahme. Garantie Rücknahme. Viel Geld spart u. dauernder Kunde bleibt, wer einmal prob.

Darum sofort schreiben!

Artur Albers, Bremen
Schließfach 156.

Zwangsversteigerung.

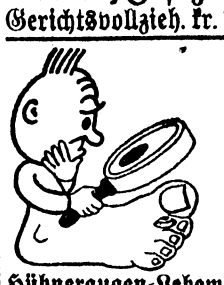
Dienstag, den 18. März 1930, vorm. 12 Uhr versteigere ich öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung, Vers. Hotel Drei Mohren (anderw. gepfändet):

1 Schreibmaschinentisch
1 Hocker
1 Klavier
1 Büffet

Freier, Justizobersekret.
Gerichtsvollzieh. kr. A., Glogau

Ferkel u. 2 Läuferschweine verkauft Gläser, Niederpolkwitz

Berliner Illust. Zeitung
Deutsche Illustrierte
Berliner Morgenpost
Vossische Zeitung
Die Bergstadt
erhältlich in der
Buchdruckerei Polkwitz



„Das Hühnerauge sitzt aber tief" ...
„Und sitzt es noch so tief,
„Lebewohl" holt es heraus."

Hühneraugen-Lebewohl und **Lebewohl-Ballenscheiben,** Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße u. Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältl. in Apotheken u. Drogerien. Sicher zu haben: **Mohren-Drogerie Georg Kubatz.**

Krampf, Lähme

Knochenkrankheiten

verhütet sicher „Osteosan" • Stark vitaminhaltige Vieh-Emulsion aus geprüftem Dorschlebertran! • Wirkt verblüffend schnell • Keine Kümmerlinge mehr • Erstaunliche Freßlust und Schnellwüchsigkeit • Glänzend bewährt beim Geflügel – viele Wintereier • Unseren „Ratgeber" mit neuzeitlichen Fütterungs-Anweisungen erhalten Sie gratis in unseren Niederlagen oder direkt von

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutritzsch

Zu haben: In Polkwitz in der Apotheke Kurt Winkelmann; bei Georg Kubatz, Mohren-Drogerie.

Keine Glatze mehr!

Dr. Müllers Haarwuchs-Elixier hilft sicher.

Müllern Sie Ihr Haar!

Heute Heft Pro Nummer 20 Pfg.

IN DER MÜNCHNER ILLUSTRIERTEN

Stets vorrätig in der **Buchdruckerei Polkwitz**

Es macht Freude, mit IMI zu arbeiten!

Mit dieser neuen, wunderbaren Aufwasch- und Reinigungshilfe schaffen Sie es in der halben Zeit! Und Sie brauchen sich bei weitem nicht so anzustrengen. Ins heiße Wasser gegeben, entfaltet IMI von selbst eine außerordentliche Reinigungskraft. Fett, Öl, Schmutz, nichts widersteht. So arbeitet IMI! Ob Sie Geschirr spülen oder andere Reinigungsarbeiten besorgen, immer haben Sie in IMI eine unersetzliche Hilfe, die rasch und sicher strahlende Sauberkeit und schimmernden Glanz in Küche und Haus bringt. Überall, wo IMI erprobt ist, wird es gepriesen! IMI ist sparsam im Gebrauch und kostet nur 25 Pfennige. Lassen Sie es heute noch mitbringen!

Verwenden Sie immer

IMI

Henkel's Aufwasch-Spül-und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

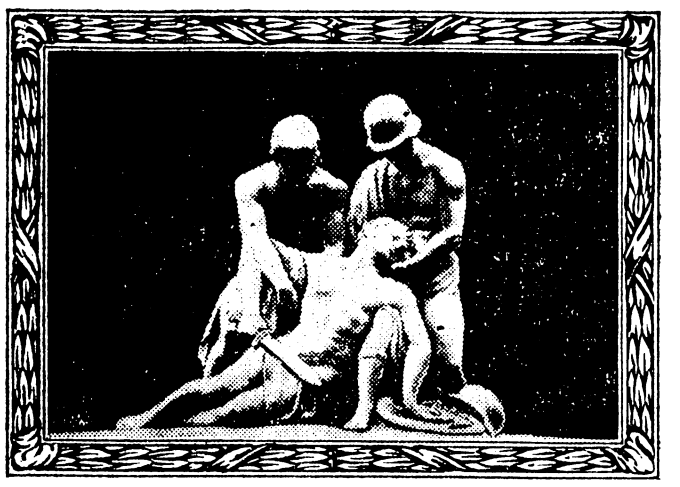
Beiblatt zu Nr. 21 des „Polkwitzer Stadtblatt“

Sonnabend, den 15. März 1930

Zum 16. März, dem Tage der Volkstrauer.

Der Sonntag „Reminiszere“ — „Erinnere dich! Gedenke!“ —, der fünfte Sonntag vor Ostern, ist der Tag, an dem in besonderer Weise der Toten des Weltkrieges gedacht wird, an dem das deutsche Volk nicht äußerlich zwar, aber doch in seines Herzens Tiefen sich in Trauer hüllt um der Hunderttausende willen, die während des furchtbarsten aller Kriege auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Rußlands, in den Schluchten der Karpathen und des Balkans, in den Abgründen des Weltmeeres und im heißen Wüstensande den Tod für das Vaterland gestorben sind, aber auch um jener andern Hunderttausende willen, die mitten in der Heimat als Opfer des Hungers und verheerender Seuchen, die mit dem Kriege gekommen waren, in der Blüte der Jahre dahingesunken und dahingesiecht sind. Aller dieser und noch vieler mehr ist zu gedenken am Tage der Kriegstoten, der in diesem Jahre auf den 16. März fällt.

Am Tage der Kriegstoten! . . . Hier stocken wir ein wenig und überlegen und erwägen. Ein jedes Glaubensbekenntnis in unseren Landen hat seit vielen, vielen Jahrzehnten und nicht erst seit den Jahren nach dem Weltkriege einen Tag im Jahre, der den Toten geweiht ist. Seit dem Ende der Befreiungskriege wird der Totensonntag, der in den November fällt, gefeiert. Er hat sich seit jener Zeit fest eingebürgert als der den Toten — nicht nur den Kriegstoten — gewidmete Tag und hat im deutschen Volke tiefe Wurzeln geschlagen. In sämtlichen Ländern des Reiches bis auf Bayern gilt seit mehr als hundert Jahren dieser Totensonntag als Trauertag des Volkes. Und das katholische Bayern gedenkt ebenfalls seit langer Zeit seiner Toten im November, am Allerseelentage, also an einem Tage, der in der Nähe des Totensonntags liegt. Aus diesem Grunde geht seit acht Jahren, seit dem Tage, an dem neben dem in Novembergrau gekleideten Totensonntag der in den Vorfrühling



fallende Volkstrauertag verkündet wurde, ein Streit, der nicht immer mit schönen Worten geführt wird, um das, was uns heilig und unantastbar sein sollte, ein Schlagwortgefecht um unsere Trauer. Als wenn es einen Tag im Jahre gäbe, an dem wir derer, welche in den vier Jahren des Krieges um uns verblutet und verblichen sind, nicht zu gedenken hätten, als wenn es eine Stunde am Tage gäbe, an welchem wir uns ihrer nicht dankbar und treu zu erinnern hätten! Aber dieses Gefühl der Liebe und Treue, die nimmer aufhöret, dieses Unwägbare und Unermeßliche wird leider von so vielen nicht in Rechnung gestellt, wenn, sobald der März ins Land kommt, das Feilschen um den Volkstrauertag immer wieder ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wird. Es sollte uns, im Gedenken an die Toten des Weltkrieges, wirklich nicht angehen, ob den Volkstrauertag nur einzelne Verbände proklamiert haben oder ob er amtlich gebilligt wird. Die hier und dort aufgetauchten Befürchtungen, daß er zu einem Zankapfel der Parteien werden könnte, haben sich von Jahr zu Jahr mehr verflüchtigt und es ist heute so, daß ihn der größte Teil des Volkes als einen Tag gemeinsamer Trauer anerkennt, und daß auch die Regierungen der Länder sich ihm nicht mehr entziehen, wenn sie ihm auch nicht den Amtsstempel aufdrücken.

Man sollte es im Grunde dem einzelnen überlassen, in der ihm genehm scheinenden Weise seiner gefallenen Angehörigen zu gedenken, aber solange nicht durch Reichsverfügung ein anderer Tag als Volkstrauertag bestimmt worden ist, können wir ruhig festhalten an dem Sonntag „Reminiszere“, an dem Sonntag des Gedenkens, als an einem Tage, an dem wir dem Gedenken an die Toten des Weltkrieges auch nach außen hin Ausdruck verleihen wollen, und es wäre keine unserer gefallenen Brüder würdige Feier, wenn wir an so ernstem Tage hadern wollten. Durch unser ganzes deutsches Land soll ein schmerzvolles Erinnern gehen an diesem Tage. Wenn wir der Opfer des Krieges gedenken, wird jedem von uns sein eigenes Leid wieder lebendig und mit seinem eigenen Leid das große Leiden unseres Volkes. Unsere Gedanken wandern hinaus an diesem Tage zu den Gräbern, die uns innerlich so nahe, räumlich aber so fern sind. Nicht jeder Mutter und Gattin, nicht jedem Vater und Sohne wird es möglich sein, die Gräber der in fernen Landen den ewigen Schlaf schlafenden Gefallenen mit einem Zeichen liebender Erinnerung, mit einem Blümchen zu schmücken, aber allen, allen ist es möglich, die Gedanken hinausfliegen zu lassen zu den geweihten Stätten. Drum gedenket!

Verabschiedung des Young-Planes.

Deutscher Reichstag.

266 Jastimmen, 193 Neinstimmen, 3 Enthaltungen.

Berlin, 12. März.

Und noch einmal Kampf bis aufs Messer — natürlich nur bildlich gesprochen —, jedenfalls bis zum letzten Tropfen Energie. Die dritte, die endgültig entscheidende Sitzung über die Young-Pläne beginnt mit einer Rede des Reichskanzlers, der im Namen der Regierung und des deutschen Volkes Annahme fordert. Beifall und Widerspruch branden um ihn. Beim Schluß der Rede überwiegt Händeklatschen und Zustimmung. Die Regierungsparteien sprechen den Engländern unverhohlene Mißbilligung aus wegen der engherzigen Auffassung bei der Behandlung des liquidierten deutschen Eigentums. Dann erheben drüben und hüben Verteidiger und Ankläger immer wieder ihre Stimme.

Die Oppositionsanhänger beantragen eine Mißtrauenskundgebung gegen den Reichskanzler. Der Nationalsozialist Strasser ruft turbulente Szenen hervor, als er Regierung und Reichstagsmehrheit des Verrats anklagt. Der thüringische Minister Frick, Verfechter der nationalsozialistischen Idee, stellt für Thüringens Regierung sich in absoluten Widerspruch zur Reichsregierung. „Das ist noch ein Minister!“ schallt es von rechts. Von links wird Frick durch ein Bombardement von „Liebenswürdigkeiten“ überschüttet. Dem Landesminister Frick sagt Reichsratsbevollmächtigter Dr. Brecht, daß die große Mehrheit des Reichsrats gänzlich anderer Meinung sei wie er.

Zu dem Antrag einer zweimonatigen Aussetzung der Verkündung der zu beschließenden Gesetze ersuchen die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei die Dringlichkeitserklärung für die Young-Gesetze zu beschließen. Bei der Abstimmung gehen die Bayern diesmal mit den Ablehnenden, im Gegensatz zum Vortage, wo sie nur Enthaltung übten. Infolgedessen wird der grundlegende Artikel 1 der Regierungsvorlage mit einer um etwa zwanzig Stimmen verminderten Mehrheit verabschiedet. Auch die Liquidationsabkommen und der Polenvertrag wurden verabschiedet. Die Erregung hält zwar noch an, wenn wichtige Entscheidungen bei den folgenden Stimmabgaben folgen, aber Reichsregierung und Reichstagsmehrheit haben das Schlachtfeld behauptet. Nun ist der Rest — abwarten! io.

Sitzungsbericht.

(140. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.

Die dritte Beratung des Young-Planes und der damit verbundenen Gesetze beginnt. Von den Kommunisten ist ein Antrag eingegangen, die Verkündung der Young-Gesetze für zwei Monate auszusetzen.

Reichskanzler Müller:

Die Annahme des Neuen Planes steht heute zur Entscheidung. Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Werk war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande sowie die Neuregelung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung setzt sich auch jetzt bei Beginn der dritten Lesung nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabschiedung aller dieser Gesetzesvorlagen ein. Sie hat in keinem Stadium der Verhandlungen ein Hehl daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Inkraftsetzung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Überzeugung hinter den berechtigten

Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben,

und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Ausschlaggebend muß für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als Ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht. Die Reichsregierung erklärt mit voller Überzeugung, daß sie in der Neuregelung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt. Die Regelung der Reparationsfragen, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft.

Trotz der außerordentlich schweren Lasten des Neuen Planes ist die Reichsregierung überzeugt, daß der Versuch der Durchführung nicht zum Nachteil Deutschlands ausfallen wird, aus der bestimmten Erwartung heraus, daß auch die Gläubigermächte ihre Verpflichtungen nicht minder ehrlich durchführen werden als Deutschland.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Haager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Übergangszeit, den Gegenwert für das verlorengegangene Staatseigentum in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Jahreszahlungen der Sachverständigen hinaus nicht in Frage. Deutschland war infolge der Sachverständigengutachten jede Möglichkeit genommen, an Polen noch irgendwelche Forderungen zu stellen. Ebensowenig gab uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grundlage, um die Überweisung der Liquidationsüberschüsse an Deutschland zu verlangen. Die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverständigen muteten selbst den belgischen Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Berichtes nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Keine Prophezeiungen.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Überzeugung die Auswirkungen des Young-Planes prophezeien. Wir können nur feststellen, daß Deutschland den Neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Reichsregierung steht um so mehr für ihre Unterschrift ein, als das Vertragswerk selbst die Entwicklungsmöglichkeiten enthält, die im Interesse der Erhaltung des deutschen Wirtschaftslebens eingeschaltet werden mußten.

Alle ausländischen Kontrollen werden wegfallen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück zu dieser Freiheit ist Selbstverantwortung, auch für die Übertragungen der Reparationszahlungen an das Ausland. Falls dies trotz Deutschlands gutem Willen mißlingt und Gefahren für Währung und Wirtschaft drohen, kann Deutschland das Moratorium erklären oder den beratenden Sonderausschuß einberufen, so daß erneut Sachverständige die Gesamtsachlage zu prüfen haben. Die Befridung der Welt muß nach der Erschütterung des Weltkrieges fortschreiten und wird fortschreiten. Mit der Verabschiedung der Young-Gesetze wird ein neuer Abschnitt erreicht, der die Grundlage für unsere weitere Wiederaufbauarbeit sein wird.

Alle Mißdeutungen und Zweifel in der Sanktionsfrage sind unbegründet. Durch die Beseitigung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des Neuen Planes ist dem Sanktionssystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden. Der äußerste Fall, daß nämlich Deutschland den Plan zerreißt, kann nur von der höchsten internationalen Rechtsinstanz festgestellt werden, und vor einer solchen Feststellung, die wir praktisch als eine Unmöglichkeit betrachten dürfen, können die Gläubiger überhaupt keine Schritte gegen Deutschland tun.

Die Räumungen.

Die Räumung der besetzten Gebiete ist mit der der vorliegenden Gesetze gesichert. Erhobenen Sinnes sehen wir dem Tag entgegen, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begehen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterlande gebrachten Opfer danken können. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Die Rückkehr zu stabilen und stetigen Verhältnissen, die wir bestimmt als Folge der Annahme des Neuen Planes erwarten, macht erst den Weg für eine finanz-, staats- und wirtschaftspolitische Reform frei. Vor allen Dingen ist eine

Sanierung der Finanz- und Kassenlage

des Reiches, der Länder und der Gemeinden die unerläßliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen. Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit größter Sparsamkeit aufgestellt und durch sichere Einnahmen in sich ausgeglichen. Als Grundsatz für den außerordentlichen Haushalt hat die Regierung festgestellt: 1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftighin nur in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht. 2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in den Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist. 3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden.

Die Arbeitslosigkeit wird sich, wenn es nach der Annahme des Neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken wie zurzeit. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen. Neue rasch wirkende Maßnahmen gegen die Agrarnot sind in Vorbereitung. Wir müssen die Roggenvorräte aus zwei guten Erntejahren im Lande verbrauchen und dadurch die Einfuhr ausländischen Weizens einschränken. Dazu bedarf es der Mitarbeit der gesamten Bevölkerung, an die ich hiermit appelliere.

Eine Gefährdung der deutschen Währung ist ausgeschlossen. Die Furcht vor

politischen Unruhen

fördert die Kapitalflucht. Ganz zu Unrecht. Denn die Regierung ist stark genug, Putschgelüste von links und rechts rücksichtslos im Keime zu unterdrücken. Die Deutsche Republik steht heute unerschütterlich da. Die Reichsregierung fordert zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes die Mitarbeit des Deutschen Reichstags, die ihr nicht versagt werden darf, wenn das deutsche Volk nicht schweren Schaden leiden soll.

Bedauerliche Haltung Englands.

Abg. Dauch (D. Vp.) gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nur zustimmen, weil sonst England den Neuen Plan vielleicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Beschränkung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung ausgesprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Der deutschnationale Redner:

Abg. Wallraf (Dtn.) verweist auf die Erklärung in der Reichskanzlerrede, daß die Regierung mit allen Machtmitteln ausgerüstet sei, um Ruhestörungen von rechts oder links zu begegnen. Das könne doch nur bedeuten, daß die Regierung den Entwurf des neuen Republikschutzgesetzes zurück-

GESANGBÜCHER

GLÜCKWUNSCHKARTEN

Werfen Sie bitte einen Blick in unser Schaufenster!

GESCHENKE

zur Konfirmation empfiehlt in großer Auswahl

Buchdruckerei Polkwitz

stehen wolle. (Heiterkeit rechts.) Während hier über den Young-Plan geredet wurde, spielte sich hinter verschlossenen Türen das Sechstagerennen oder Dreiwochenrennen um die Finanzreform ab.

Wir Deutschnationalen erstreben mit Frankreich ein Verhältnis des Vertrauens und der Verständigung. Ein solches Verhältnis kann aber nicht bestehen, solange Deutschland ausschließlich der Ambos, Frankreich ausschließlich der Hammer ist. Wir begrüßen mit großer Freude die Befreiung des Rheinlandes, aber wir vergessen nicht die immer wiederholte Erklärung der treuen rheinischen Bevölkerung, daß die Befreiung nicht erkauft werden soll durch neue Ketten und neue Lasten. Wir vergessen auch nicht, daß die

Befreiung des Saargebiets

mit seiner treudeutschen Bevölkerung noch nicht erreicht ist. Wir denken auch an unsere deutschen Landsleute in Eupen-Malmedy, die durch die Farce einer Volksabstimmung zu Belgien geschlagen worden sind.

Noch tragischer, ja geradezu erschütternd wirkt ein Blick auf die Karte der Ostgrenze. Ganz unerhörte Opfer werden im Young-Plan von uns verlangt. Der Reichskanzler hat den Ausdruck seiner Enttäuschung nicht unterdrückt. Wir hätten es lieber gesehen, wenn er solche Worte in Paris oder Warschau gesprochen hätte. Das Verhalten unserer Vertragsgegner erinnert uns an den Wucherparagraphen des deutschen Strafgesetzbuchs.

Danach treibt Wucher, wer sich einen einseitigen Vorteil durch die Ausbeutung der Unerfahrenheit, des Leichtsinns oder der Notlage eines anderen verschafft.

Wir möchten der Regierung raten, lebenswichtige Verträge nicht in Zeitläuften abzuschließen, in denen ihr das Messer an der Kehle sitzt.

Wenn der Young-Plan vom Reichstag angenommen wird, so beantragen wir die Aussetzung seiner Verkündung. Wir wollen dem Reichspräsidenten in aller Ehrerbietung Gelegenheit geben, nochmals zu prüfen, ob er unter dieses Dokument seinen weltgeschichtlichen Namen setzen will.

Abg. Dr. **Brüning** (Ztr.): Entscheidend für unsere Haltung zum Young-Plan sind wirtschaftliche Überlegungen. Diese Überlegungen nötigen zu der Anerkennung, daß mit dem Neuen Plan ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Verhältnis erreicht wird. Der Young-Plan ist kein Vertrag zwischen gleichen Gegnern, er ist und bleibt ein Diktat und nur diesem Diktat fügen wir uns. (Beifall.) — Abg. Brüning verliest nun

zwei Anträge der Regierungsparteien.

Der erste Antrag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und wiederholt die einzelnen Feststellungen des Kanzlers über die Verpflichtungen der beteiligten Regierungen beim Young-Plan, die Streitfragen der Auslegung und Anwendung des Neuen Plans der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen. Zum Schluß wird beantragt, über alle anderen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der zweite Antrag hat die Form einer Entschließung und weist darauf hin, daß der Neue Plan über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus von den politischen Machtverhältnissen beeinflußt worden ist. Der Plan enthält selbst die notwendigen Sicherungen zu seiner Durchführung. Darüber hinaus werde Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen friedlichen Mitteln der Außenpolitik der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die deutsche Außenpolitik in diesem Sinne zu führen.

Abg. Brüning fährt dann in seiner Rede fort und betont, man hätte in der Reichskanzlerrede eine schärfere Formulierung gewünscht dafür, daß die Finanzsanierung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Verabschiedung des Young-Plans getrennt ist. Falls dies nicht der Fall sein sollte, werde das Zentrum gezwungen sein, die politischen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen würden gezogen werden bei Verzögerung der Finanzbehandlung sowohl als bei Schaffung von neuen Schwierigkeiten. Vor allen Dingen soll der Zustand überwunden werden einer übertriebenen Agitation von rechts, der Zustand des betonten Wirtschaftspessimismus, der die Arbeitslosigkeit unnötig steigert und ungeheuer viele Existenzen des Mittelstandes, Handwerks und Gewerbes vernichtet. (Große Unruhe rechts.) **Es handelt sich nicht mehr um einen Kampf im Parlament, sondern es geht um das Bestehen des Parlaments selbst. Unser Kampf ging von Anfang an um die Erhaltung und Vertiefung des demokratischen Systems. Wenn die Uneinigkeit der Parteien über Lappalien auch weiterhin die Entschlußkraft des Parlaments lähmt, dann werden die Zweifel an diesem System sich immer weiter im Volke verbreiten. Wir erwarten, daß mit der Entscheidung für den Young-Plan die innere Zerfleischung aufhört, damit vertrauensvoll für die Zukunft unseres Volkes gearbeitet werden kann.**

Die Oppositionsparteien haben nun ebenfalls wie die Kommunisten beantragt, die

Verkündung der Young-Gesetze auszusetzen.

Die Kommunisten haben ferner einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht.

Abg. **Florin** (Komm.) erklärt, das internationale Proletariat werde den Young-Plan zerreißen. Am 1. Mai würden die Kommunisten trotz aller Drohungen einen Großkampftag durchführen.

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtschaftspartei) verliest eine Erklärung, in der gesagt wird, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, aber sie kann nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkung dem Young-Plan nicht zustimmen.

Abg. Dr. **Zapf** (D. Vp.): Der Redner spricht Genugtuung aus, daß nicht nur hinsichtlich der Kassensanierung, sondern der absoluten Notwendigkeit einer prinzipiellen Steuer- und Wirtschaftsreform das Zentrum sich endlich an die Seite der Volkspartei gestellt habe.

Abg. **Stampfer** (Soz.): Wir wissen genau, daß der Young-Plan uns schwere Lasten auferlegt, aber wir wissen auch, daß er Erleichterungen bringt gegenüber dem Dawes-Plan, dem seinerzeit der deutschnationale Abgeordnete Wallraf mit seinen Freunden zugestimmt hat. Für den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag tritt die Sozialdemokratie ein, weil sie nicht 12 000 Deutsche in Polen preisgeben will.

Abg. **Meyer-Berlin** (Dem.): Die Demokraten werden geschlossen für die Young-Gesetze stimmen. Sie hoffen aber auch, daß nach Verabschiedung des Young-Planes eine breite Mehrheit unter Zurückdrängung politischer Sonderinteressen für die Finanzsanierung eintreten wird.

Abg. **von Lindeiner-Wildau** (Christlichnational) spricht gegen den Young-Plan. Das deutsche Volk wird sich einst auf sich selbst besinnen und nicht nur die äußeren Ketten, sondern auch die Ketten zerreißen, die es sich selbst an die Hand geschmiedet hat.

Abg. **Strasser** (Nat.-Soz.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt, daß wieder einmal in einer geschichtlichen Entscheidungsstunde das deutsche Volk eine erbärmliche und nichtswürdige Vertretung gefunden habe. Als der Redner die Regierung und die Reichstagsmehrheit des Volksverrats anklagt, erhebt sich

stürmischer Protest im Hause

Präsident Löbe ruft den Abg. Strasser zur Ordnung. Vor dem Staatsgerichtshof des kommenden Reiches, fährt der Abgeordnete fort, wird man die Köpfe derjenigen fordern, die diese Gesetze unterzeichnen. (Großer Lärm.) Zum Schluß fordert der Redner Reichstagsauflösung und vom Reichspräsidenten, daß er die Young-Gesetze nicht unterzeichnen möchte.

Abg. Schmidt-Hannover (Dtn.): Der Young-Plan wird katastrophale Entwicklungen zur Folge haben. Die künftige Jugend, die wir erziehen wollen, wird von der brüchigen Massendemokratie unterschriebene Wechsel nicht honorieren. Aus dem Young-Deutschland wird

ein Jung-Deutschland werden,

für das die Abstimmungen dieser Reichstagsmehrheit keine Geltung besitzen.

Abg. **Stöcker** (Komm.) lehnt den Young-Plan ab.

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) der in Thüringen Innenminister ist, erklärt, daß die Regierung des Landes Thüringen in schroffem Gegensatz zur Reichsregierung stehe. Sie sieht den Young-Plan und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen als das größte nationale Unglück an. Die thüringische Regierung will den Mittelpunkt bilden für einen fanatischen Widerstand des deutschen Volkes und die Bekämpfung seines Freiheitswillens. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten und Rufe: Endlich ein deutscher Minister!)

Preußischer Reichsratsbevollmächtigter Dr. **Brecht** führt aus: Die große Mehrheit des Reichsrats ist anderer Meinung als der Minister Frick. Er bittet, den Gesetzesvorlagen zuzustimmen.

Abgg. **Kling** (Bayr. Bbd.) und **Frölich** (Komm. Opp.) lehnen den Young-Plan ab.

Präsident Löbe teilt nunmehr mit, daß mit Rücksicht auf die Anträge der Opposition zur Aussetzung der Verkündigung des Gesetzes um zwei Monate die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei die Dringlichkeitserklärung der Vorlage beantragt haben.

Unter großer Spannung beginnt sodann

die Abstimmung.

Der Artikel 1 wird mit 266 gegen 193 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmt die ganze Opposition, mit ihr auch die meisten Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, die sich in der zweiten Lesung der Abstimmung enthalten hatten. Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Leicht, enthält sich der Abstimmung, ebenso die Abgeordneten Emminger und Pfleger.

Die übrigen Artikel der Vorlage gelangen in einfacher Abstimmung zur Annahme. Es folgt

die Schlußabstimmung über den Young-Plan

mit den Nebenabkommen. Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme des Young-Planes mit 270 gegen 192 Stimmen bei drei Enthaltungen.

Die deutschnationalen Entschließungen, die sich mit der Revision des Young-Planes, der Sanktionsfrage und dem Aufdruck der Tributbelastungen auf Fahrkarten und Steuermarken beschäftigen, werden abgelehnt. Angenommen wird die Entschließung der Regierungsparteien über die Richtlinien der künftigen deutschen Außenpolitik.

Das Reichsbahngesetz wird in der Schlußabstimmung mit 299 gegen 156 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. In namentlicher Abstimmung wird das Bankgesetz mit 307 gegen 150 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Zugestimmt wird auch der Entschließung der Regierungsparteien, wonach die anfallenden Gelder wieder längere Zeit dem Geldbedarf der Gebiete zur Verfügung stehen sollen, aus denen die Gelder stammen. Eine sozialdemokratische Entschließung wird angenommen, welche die Vorlegung einer Zusammenstellung über sämtliche Bezüge der Direktoriumsmitglieder und hohen Beamten der Reichsbank und der Reichsbahn fordert. Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wird in einfacher Abstimmung genehmigt.

Bei den Liquidationsverträgen wird zunächst über das Polenabkommen abgestimmt. Das Polenabkommen wird mit 236 gegen 217 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. (Lebhafte Pfuirufe von rechts.)

Sämtliche Liquidationsverträge werden in der Schlußabstimmung mit 256 gegen 194 bei acht Enthaltungen angenommen. Die Ausschußentschließung zugunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten wie der aus Polen Verdrängten werden genehmigt, ebenso die Entschließung der Regierungsparteien, die die Erwartung ausspricht, daß die Reichsregierung alle völkerrechtlichen Mittel zur Anwendung bringt, um den Minderheiten Recht und Freiheit zu sichern.

Es wird nun abgestimmt über den Antrag aller Oppositionsparteien, die

Verkündung der Young-Gesetze um zwei Monate auszusetzen.

Zur Annahme eines solchen Antrages genügt die Zustimmung eines Drittels der Abgeordneten.

Für die Aussetzung der Verkündung stimmen 173, dagegen 289 Abgeordnete; das erforderliche Drittel ist also erreicht und der Antrag angenommen. (Beifall rechts.)

Über den Antrag der Regierungsparteien, die

Young-Gesetze als dringlich

zu erklären, wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Zur Annahme genügt die einfache Mehrheit.

Mit 283 gegen 174 Stimmen bei vier Enthaltungen wird der Dringlichkeitsantrag genehmigt. Durch diesen Beschluß wird, falls auch der Reichsrat die Dringlichkeit anerkennt, erreicht, daß der Reichspräsident die Young Gesetze ungeachtet des vorhergegangenen Aussetzungsbeschlusses verkünden kann.

Bei der Abstimmung gegen den

kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler,

dem sich die gesamte Opposition angeschlossen hat, enthalten sich 13 Abgeordnete, wahrscheinlich von der Bayerischen Volkspartei, der Stimme. 169 Stimmen werden für den Mißtrauensantrag, 227 dagegen abgegeben. Der Mißtrauensantrag ist somit abgelehnt.

Darauf wird der Antrag der Regierungsparteien, der die Erklärungen des Reichskanzlers billigt, mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen.

Damit ist die dritte Lesung der Young-Gesetze und der damit verbundenen weiteren Gesetze und Abkommen erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag

Wissen Sie es schon?

ist als Buch erschienen!

In guter Ausstattung auf holzfreies Papier gedruckt, kostet der Band 3.— M., in Leinen gebd. 4.50 M. und

ist in unserer Geschäftsstelle vorrätig!

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(47. Fortsetzung.)

„Das übersteigt tatsächlich die Grenzen. Dem Hengst fehlt nichts."

Zwei Herren waren der Gruppe in die Box gefolgt.

„Gestatten," sagte der eine der beiden, „von Zienitz! Vorsitzender des Berliner Rennvereins."

„Jestatten, Bolle! Wat sagen Sie zu die Schweinerei?"

„Aber so nehmen Sie doch Vernunft an, Herr Bolle und verstehen Sie unsere Eigenmächtigkeit. Der Hengst hat im Felde des Großen Preises nichts zu suchen."

„Ich nehme nicht Vernunft an. Det Pferdchen soll loofen. Ich verlange das und werde den Verein verklagen, wenn er mein Pferd nich mitlaufen läßt. Det Pferd ist jut!"

„Aber bester Herr Bolle, so tun Sie uns doch den persönlichen Gefallen," bat der Vorsitzende.

„Ich hab dazu keene Veranlassung. Ich will, daß mein Hengst in det Rennen startet."

„Die Wage ist geschlossen."

„Det ist mir wurscht. Machen Sie se wieder auf."

„Aber Sie hören doch, daß der Hengst lahmt."

„Verdammter Schwindel ist das!"

Herrenreiter Schnitzler warf sich ins Mittel.

„Ich verstehe Sie nicht, Herr von Zienitz. Warum wollen Sie absolut unterbinden, daß der Hengst des Herrn Bolle startet?"

„Aber bester Herr Schnitzler," warf der Vorstand erregt ein, „wir haben in diesem Rennen tatsächlich die Elite unserer Pferde am Start. Der Hengst schändet das Feld."

„Das kann ich absolut nicht finden. Jockei Otto Schmidt hat mir erzählt, daß Karl der Große beim Schlußgalopp mit Hektor zusammen über 2000 Meter gut die Pace gehalten hat, und die soll ganz stramm gewesen sein. Sie haben nicht den Schein eines Rechts, den Start zu unterbinden."

„Der Veterinär soll entscheiden, ob der Hengst lahmt oder nicht."

Der Veterinär wurde gerufen.

Er untersuchte den Hengst, während die Pferde auf die Bahn gingen, und fand ihn in Ordnung.

Ergo . . . mußte die Wage noch einmal geöffnet werden.

Stillschweigend schob man den neuen Starter in die Tafeln ein, und als Nachzügler betrat der Hengst die Bahn.

Die meisten achteten kaum darauf.

Daß ein neuer Starter eingeschoben war, das sah kaum einer an den Tafeln.

„Karl der Große"! Die Zuschauer rissen Witze über sein Erscheinen. Nicht einer dachte daran, auf ihn auch nur fünf Mark anzulegen.

Ueberdies lag der Toto schon verlassen da. Die Wetten waren untergebracht. Die Pferde ritten zum Start.

* * *

Bolle kam freudestrahlend in die Loge.

„Diese Bande!" sagte er schmunzelnd. „Nee, nee, mit Bolle kann keener Schindluder treiben. Ich habs besorgt. Die Wage ist noch mal uffgemacht worden."

„Wäre auch ein Skandal! Und wenn Ihr Hengst nicht die kleinste Chance hat, keiner kann Ihnen verbieten, an dem Rennen teilzunehmen."

„Das meine ich auch!" warf Grete ein. „Sehen Sie doch, Herr Große, er macht sich doch ganz propper. Aber . . . wer ist denn die 10? Das ist ein bildhübsches Pferd."

„Das ist Hektor vom Stalle Weinberg, der das Rennen, wenn es glatt geht, im Kanter gewinnt. Ein edles Tier Prima Abstammung. Ein Favor aus der Lese gezogen Der hat eine Rennlaufbahn hinter sich! Das Derby hat er schon in diesem Jahre im Schritt gewonnen."

Interessiert beobachteten sie die Pferde.

Es war wirklich die Elite beisammen: vier dreijährige und vier ältere Klassepferde, und als neunter schloß sich „Karl der Große" an.

Er ging ganz ruhig und schien sich unter seinem Reiter sehr wohl zu fühlen.

Sie galoppierten zum Start. Ruhig waren alle Pferde. Es war Klasse, die meist über ein gewisses Phlegma verfügt.

„Wollen Sie etwas wetten, Fräulein Grete?" fragte Karl.

„Nein, nein, es macht mir so Freude. Aber Sie haben gewiß die Absicht?"

„Allerdings! Ich muß Sie bitten, mich einige Minuten zu entschuldigen. Ich habe mir vorgenommen, auf Hektor 130 Mark zu setzen."

„Ei, ei, Sie leichtsinniger Strick!" sagte Grete lachend.

* * *

Karl stand am Toto.

„Dreizehn Mal die zehn!"

Der Beamte nickte und trat an den Kartenschrank und rief noch einmal zurück: „Dreizehn?"

Karl nickte und sagte: „Jawohl, dreizehn Mal!"

Der Totoapparat nickte, und Karl erhielt seine Karte, die er, ohne sie anzusehen, in seinem Mantel unterbrachte.

Dann begab er sich wieder zu Bolle.

Unterwegs traf er den Lehrjungen Zumpe, der den Hut tief vor ihm zog.

„Nanu, Zumpe, du bist auch auf dem Platze! Was hast du denn schon auf der Rennbahn zu suchen?"

Der kleine Kerl sah ihn treuherzig an und sagte: „Ich geh sonst auch nicht, weil ich schon gar kein Geld dazu habe. Aber . . . heute laust doch dem Chef sein Pferd. Das muß ich laufen sehen. Meinen Sie, daß er gewinnt?"

Karl schüttelte den Kopf.

„Nein, bei glattem Verlauf muß er Letzter werden."

„Aber ich habe doch fünf Mark riskiert!" sagte Zumpe stolz.

„Na, da wirst du sie wohl verschmerzen müssen!" sagte Karl. Er nickte grüßend und ging wieder in die Loge.

Zumpe aber schlenderte zu seinem Vater hin.

„Na, wat haste dir denn jeholt, Bengel?" sagte der Alte und sah seinen Sprößling wohlwollend an.

„Mein Chef sein Pferd habe ich mit fünf Mark gewettet!"

„Karl der Große!" Det Jeld ist futsch. Aber . . . na jut, jut! Dein Chef, det is 'n lieber Kerl, dem kannste es schon opfern."

Herrenreiter Schnitzler fühlte, daß sich der Hengst gut mit ihm verstand. Von dem Augenblick an, da er ihm die Mähne gekraut hatte, war das richtige Verhältnis zwischen Reiter und Pferd hergestellt.

Am Start verhielt sich der Hengst mustergültig ruhig.

Bolles Order lautete: „führen", und das wollte er tun, ganz gleich, wie der Hengst abschnitt.

Er dachte keinen Augenblick, daß er mit dem Hengst etwas schaffen könne, aber er wollte jede Chance ausnützen. Vielleicht war es ihm doch möglich, den Hengst auf einen ehrenvollen Platz zu bringen.

Ein wenig Optimismus muß ein Rennreiter immer haben. Und Herrenreiter Schnitzler hatte ihn.

* * *

Ueberall im Reiche waren bei den Buchmachern große Summen, die, zusammengezählt, in die Millionen gingen, auf Hektor zum Totokurse angelegt.

Die Buchmacher waren aber auf dem Posten.

(Fortsetzung folgt.)